

Sudetenpost



P. b. b. Erscheinungsort Linz
Verlagspostamt 4020 Linz

Offizielles Organ der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich (SÖÖe)

12. Jahrgang

Wien-Linz, 8. Juli 1966

folge 13

VLO beim Außenminister

Engere Zusammenarbeit zwischen Vertriebenen-Vertretern und dem Außenministerium

Am 15. Juni empfing Außenminister Dr. Lujo Toncic-Sorinj die Vertreter der volksdeutschen Landsmannschaften, um sich über die Wünsche und Probleme der volksdeutschen Heimatvertriebenen informieren zu lassen. Die Delegation stand unter Führung von Major a. D. Michel, ihr gehörten Ing. Reiman (Donauschwaben), Dr. Teutsch (Siebenbürger Sachsen), Dr. Schembera (Sudetendeutsche) und Generalsekretär Dr. Krivachy an.

In der Aussprache wurde von allen Delegierten darauf hingewiesen, daß die Regelung der Vermögensschädigung als das wichtigste Problem der in Oesterreich sesshaft gewordenen Heimatvertriebenen zu betrachten sei, da das Abkommen von Bad Kreuznach nur eine soziale Hilfe für verlorenen Hausrat und eingebüßtes Betriebsinventar darstellt. Durch die Pariser Protokolle sei die Bundesrepublik Deutschland auch zur Entschädigung der in Oesterreich lebenden Volksdeutschen verpflichtet. Die Auffassung, auf Grund des Kreuznacher Abkommens sei Oesterreich zur Entschädigung verpflichtet, sei unhaltbar. Der Außenminister wurde gebeten, sich für die Eliminierung des § 56 aus dem Entwurf des Reparationsschädengesetzes einzusetzen.

Der Außenminister, der die Ausführungen interessiert anhörte, entschied, daß die Vertreter der VLO

die zuständigen Referenten seines Ministeriums über die Sachlage informieren sollten, damit bei den bevorstehenden Verhandlungen mit der BRD die Interessen der Volksdeutschen in Oesterreich wahrgenommen werden können.

Inzwischen hat sich auch der Ministerrat mit den Anliegen der Volksdeutschen befaßt. Der Bundeskanzler legte dem Ministerrat ein Memorandum vor, das von der Donauschwäbischen Arbeitsgemeinschaft gelegentlich der Vorsprache der VLO dem Bundeskanzler überreicht worden war. Die einzelnen Fragen werden nunmehr von den zuständigen Ministerien geprüft. In dem Memorandum wurde auf folgende Punkte hingewiesen:

- Rasche Abwicklung des Kreuznacher Abkommens unter großzügiger und wohlwollender Auslegung des Gesetzes
- Verhandlungen mit der BRD über eine Ausdehnung der Entschädigung
- Familienzusammenführung.

Eine sicher nicht unnützliche Unterstützung der volksdeutschen Forderungen kommt aus den Vereinigten Staaten. Dort hat der donauschwäbische Vertreter Peter Max Wagner die Anwesenheit des CDU-Fraktionsführers Dr. Barzel in New York benützt, um ihn auf die Lage der Vertriebenen in Oesterreich hinzuweisen, die nicht länger als Stiefkinder angesehen werden dürften. Dr. Barzel hat Wagner an den deutschen Generalkonsul verwiesen, den er bat, die Bonner Regierungsstellen über das Ergebnis der Aussprache zu unterrichten.

Freiheitliche Anträge für die Vertriebenen

Im Verlauf der Budgetdebatte wurde von der freiheitlichen Fraktion im Nationalrat eine

Reihe von Anträgen gestellt, die das Los der Vertriebenen betreffen.

Abgeordneter Peter beantragte: „Die Bundesregierung wird ersucht, ehe baldigst, spätestens jedoch zu Beginn der Herbstsession 1966/67, dem Nationalrat den Entwurf eines Bundesgesetzes vorzulegen, das eine Anmeldung der Schäden vorsieht, die österreichische Staatsbürger durch Enteignungsmaßnahmen der Regierung der CSSR erlitten haben.“

„Die Bundesregierung wird ersucht, gemäß Artikel 5 des Vertrages zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland zur Regelung von Schäden der Vertriebenen, Umsiedler und Verfolgten, über weitere finanzielle Fragen und Fragen aus dem sozialen Bereich (Finanz- und Ausgleichsvertrag) — nach unverzüglicher Schaffung der erforderlichen Voraussetzungen — ehe baldigst mit der Bundesrepublik Deutschland in Verhandlungen einzutreten.“

Vom Abg. Melter wurde dieser Antrag gestellt: „Die Bundesregierung wird ersucht, dem Nationalrat den Entwurf für eine Novelle zum Gewerblichen Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetz — GSPVG vorzulegen, durch welche Zeiten, während deren die vertriebenen und geflüchteten Volksdeutschen und Auslandsösterreicher infolge Einziehung ihres Vermögens bzw. infolge mangelnder Anerkennung der gewerblichen Berechtigung in Österreich an der Ausübung einer selbständigen Erwerbstätigkeit gehindert waren, als Ersatzzeiten angerechnet werden.“

Ferner stellte Abgeordneter Peter folgenden Antrag:

Der Nationalrat wolle beschließen: „Die Bundesregierung wird ersucht, dem Nationalrat den Entwurf für eine Novelle zum Bundesgesetz vom 14. 12. 1961 über die Anmeldung von Sachschäden, die durch Umsiedlung oder Vertreibung entstanden sind (Anmeldegesetz), vorzulegen, durch welche ein Wiederaufleben der mittlerweile abgelaufenen Anmeldefrist (§ 16) bzw. die Erstreckung dieser Anmeldefrist bis 31. 3. 1967 sichergestellt wird.“

Ruhensbestimmungen nicht verfassungswidrig

Der Verfassungsgerichtshof hat erkannt, daß die Ruhensbestimmungen des ASVG nicht der Verfassung widersprechen. Eine Begründung dieses Erkenntnisses liegt noch nicht vor, weshalb man sich noch nicht mit ihm auseinandersetzen kann. Indessen gehen aber die politischen Bestrebungen weiter, die ominösen Bestimmungen zu beseitigen.

Versuchsballone zerplatzten in der Luft

Verzichtspolitik hat schwere Rückschläge erlitten — Kein gesamtdeutsches Gespräch — Barzel zurückgepfiffen

Die Vertriebenen, um deren Kopf es geht, können mit Befriedigung einige Tatsachen verzeichnen, die einen schweren Rückschlag für die Propheten der Verzichtspolitik bedeuten.

1. Das Streitgespräch zwischen der bundesrepublikanischen SPD und der zonendeutschen SED, das für Mitte Juli einerseits in Chemnitz, andererseits in Hannover vorgesehen war, ist mit fadenscheinigen Begründungen von der sowjetzonalen Seite abgesagt worden.

2. CDU-Fraktionsführer Dr. Rainer Barzel, der am Tage der deutschen Einheit in New York den Sowjets das Angebot des Verbleibs russischer Truppen in Gesamtdeutschland, die Aufhebung des Verbotes der KPD und großzügige Wirtschaftshilfe als Preis für die deutsche Wiedervereinigung angeboten hatte, ist von seiner Fraktion für diesen Alleingang ohne Mitwissen der Fraktion und des Außenministeriums zurückgepfiffen worden.

Monatelang hat die SED das Angebot eines Redneraustausches hinausgezögert. Die deutsche Bundesregierung ist so weit gegangen, den sowjetzonalen Sprechern, die nach deutschem Recht eigentlich bei Betreten des Bodens der BRD wegen vielfachen Mordes eigentlich hätten verhaftet werden müssen, freies Geleit zuzusagen. Gerade dieses freie Geleit aber nahm nun die SED zum Vorwand, sie lasse sich nicht Verbrechern gleichsetzen und lehne daher die Reise nach Hannover ab. Damit entfallt auch das Auftreten der SPD-

Redner in Chemnitz (Karl-Marx-Stadt, wie es heute heißt). Deutlich ist damit aufgezeigt, daß die Sowjets an einem gemeinsamen Auftreten deutscher Politiker nicht interessiert sind. Sie wollen unbedingt vorher die volle Anerkennung ihrer „Deutschen Demokratischen Republik“ als zweiter deutscher Staat, was eine völlige Aufgabe der bisherigen bundesdeutschen Politik bedeuten würde.

Dr. Rainer Barzel hat in New York einen persönlichen Versuch zur „Entspannung“ unternommen. In einer Rede, deren Inhalt weder der CDU-Fraktion noch dem Außenminister vorher bekanntgegeben, aber schon vor der Rede in vollem Wortlaut der deutschen Presse übergeben wurde, schlug Barzel vor:

- Auf dem Boden eines wiedervereinigten Deutschlands könnte im Rahmen eines europäischen Sicherheitssystems Platz auch für die Sowjettruppen bleiben.
- Die kommunistische Partei könnte im wiedervereinigten Deutschland wieder ihre Tätigkeit ausüben.
- Als Ersatz für die Lieferungen der Sowjetzone an die UdSSR könnte das wiedervereinigte Deutschland 20 Jahre hindurch wirtschaftliche Lieferungen übernehmen, die sich von Jahr zu Jahr um fünf Prozent steigern ließen.
- Gemischte Kommissionen sollten im Auftrag der vier Mächte für eine festumrissene Zeit praktische Dinge im Interesse der Menschen und einer friedlichen Lösung erledigen.

Die Bundesrepublik, Großbritannien, Frankreich und die USA sollten alsbald eine Arbeitsgruppe einsetzen, die alle bisherigen Deutschland-Vorschläge prüfen und Anregungen für einen gemeinsamen Vorstoß in Moskau geben sollte.

Barzels Vorschlag wurde nicht nur von deutscher Seite, vor allem in der eigenen Partei, abgelehnt und verscherzte ihm die Gunst Adenauers, die er bisher genossen hatte, er verfiel vor allem sofort der Ablehnung durch Moskau. Die Sowjetunion ließ neuerdings erkennen, daß sie nicht daran denkt, die Souveränität der DDR um irgendeinen Preis aufzugeben und diesen Satellitenstaat aus der vollen Abhängigkeit zu entlassen.

Das Schicksal der Barzel-Vorschläge wird nun hoffentlich allen jenen zu denken geben, die glauben, Vorleistungen könnten den Ostblock zu irgendwelchem Entgegenkommen veranlassen. Zu diesen Leuten gesellten sich in jüngerer Zeit der CDU-Abgeordnete von Hamburg, Erik Blumenfeld, mit der Meinung, das Münchner Abkommen müsse völlig annulliert werden, und der sozialdemokratische Hamburger Abgeordnete Helmut Schmidt, der dem Prager „Volkszeitungs“-Chefredakteur ein Interview gab, der sich ebenfalls gegen das Münchner Abkommen aussprach, aber immerhin genug Gewissen besaß, um auf die rechtlichen und menschlichen Fragen hinzuweisen, die sich aus der Annullierung des Münchner Abkommens ergeben würden.

Vertriebene klagen an

Entgleisung in einem Gewerkschaftsorgan

Den Titel „Vertriebene klagen an!“ fanden wir jüngst im Organ der Gewerkschaft der Privatangestellten. Wir wunderten uns, wir freuten uns — und wir wurden enttäuscht. Denn der Artikel bezog sich keineswegs auf die aus ihrer Heimat Vertriebenen, sondern war ein Nachdruck aus einer Hamburger Wochenzeitung, die den Ausdruck „Vertriebener“ auf jene Personen angewendet hat, die infolge der deutschen Mietengesetzgebung angeblich oder tatsächlich nicht in der Lage sind, ihre bisherigen Wohnungen zu bezahlen. Der Nachdruck des Artikels in der österreichischen Gewerkschaftspostille hatte den durchsichtigen innerpolitischen Zweck, vor einer Neuregelung des österreichischen Wohnungs- und Mietwesens Grauensbilder zu entwerfen.

Wir wollen nicht bei der Tatsache verweilen, daß es die österreichischen Gewerkschaften bislang versäumt haben, auf die eklatante Ungerechtigkeit hinzuweisen, die im österreichischen Mietwesen herrscht: zwar bekommt jeder Gewerkschafter als Arbeitnehmer eine monatliche Wohnungsbeihilfe von 30 Schilling, aber der eine hat für den Quadratmeter Wohnung nur einen Schilling oder noch weniger zu bezahlen, der andere zahlt, selbst in steuergeförderten Wohnungen, schon Mietzins von 10 und 12 Schilling. Gerade junge Arbeitnehmer müssen heute, wenn sie eine Wohnung haben wollen, 30.000 bis 40.000 Schilling verlorenen Bauzuschuß zahlen, und zwar an „Gemeinnützige“ Wohnungsgesellschaften, und müssen mit einem monatlichen Mietzins rechnen, der ein Drittel ihres Einkommens verschlingt, während andere Leute billige Wohnungen horten und zu sündhaften Untermietpreisen weitergeben können. Dagegen hat der Österreichische Gewerkschaftsbund bisher nur wenig Energie eingesetzt. Aber, wie gesagt, damit wollen wir uns nicht befassen.

Uns empört, daß man aus parteipolitischen Gründen den Ausdruck „Vertreibung“ für eine Erscheinung anwendet, die mit der Vertreibung, wie wir sie kennen, aber schon gar nicht vergleichbar ist. Vertreibung, das heißt, die Heimat verlassen zu müssen und nie wieder dorthin zurückkehren zu dürfen. Vertreibung, das heißt, alles Hab und Gut, Haus und Hof, Einrichtung und Betrieb zurücklassen zu müssen, ohne eine Entschädigung dafür zu bekommen. Vertreibung, das heißt, in einen Viehwagen gesteckt zu werden und mit einem unbekanntem Ziel verfrachtet zu werden. Vertreibung heißt, sich in einer völlig neuen Umgebung eine neue, ungewisse Existenz schaffen zu müssen. Vertreibung heißt, Arbeit suchen zu müssen, die einem völlig fremd ist, alles Erlernete als nutzlos in der Vergangenheit zu lassen, keine Berechtigungen und Zeugnisse, die man erworben hat, anwenden zu dürfen. Vertreibung ist kein Wohnungswechsel in eine billigere oder schlechtere Wohnung, Vertreibung ist der Ausstoß ins Elend.

Die Gewerkschaftszeitung hat sich den Ausdruck aus der deutschen Wochenzeitung „Die Welt“ ausgeliehen und mit keinem Gedanken daran gedacht, wie sehr sie damit die wirklich Vertriebenen vor den Kopf stößt. Man wird dadurch an das Verhalten der Gewerkschaften gegenüber den Vertriebenen unmittelbar nach dem Kriege erinnert. Uns sind die Brucker Beschlüsse nicht aus dem Gedächtnis geschwunden, in denen die Gewerkschaften den Vertriebenen die kalte Schulter wiesen. Sie glaubten damals, für den Abschub der Vertriebenen aus Österreich eintreten zu müssen, weil diese eine Gefahr für den österreichischen Arbeitsmarkt bilden würden! Es ist auch unserem Gedächtnis nicht entschwunden, welche Schwierigkeiten die Gewerkschaften den Vertriebenen gemacht haben, wenn diese versuchten, aus dem Baraberdasein wieder ins Angestellten-Dienstverhältnis aufzusteigen. Wir erinnern uns daran, wie zugeknöpft die Arbeiterkammern waren,

wenn sie ihr Gutachten für die Verleihung der Staatsbürgerschaft abzugeben hatten. In allzu viel Fällen waren diese Gutachten ablehnend, man wollte den Vertriebenen keine Heimat bieten. Heute muß die Gewerkschaft nolens volens zustimmen, daß Fremdarbeiter aus der Türkei, Griechenland, Jugoslawien die Arbeitsplätze einnehmen, die man den Volksdeutschen in den Jahren nach dem Krieg verwehrt hat. Die mangelnde volkswirtschaftliche Voraussicht von damals über die zukünftige Entwicklung Österreichs ist kein Ruhmesblatt für die Gewerkschaften und die gesetzliche Vertretung der Arbeiter und Angestellten!

Ein aktives Eintreten der Gewerkschaften für die gemeinsamen Interessen jener ihrer Mitglieder, die Vertriebene sind, haben wir indessen nicht in unserer Erinnerung. In die Belange der Entschädigung haben sich die Gewerkschaften bislang noch nicht eingeschaltet, obwohl die Beträge in die österreichische Wirtschaft einfließen und damit die Arbeitsplätze sichern und das Volkseinkommen vermehren würden.

Das Leid der Volksvertriebenen lächerlich machen, indem sie den Ausdruck „Vertriebene“ auf Leute anwenden, die augenblicklich unter Wohnungsorgen leiden, das ist ein mieses Stück Gewerkschaftsjournalistik!

Neuer tschechischer Gesandter

Der bisherige tschechische Gesandte in Wien, Dr. Karl Petrzalka, hat das Chefsekretariat der Nationalversammlung in Prag übernommen. Zu seinem Nachfolger wurde Dr. Paul Novotny, 50, bestellt. Er stammt aus Brünn und war bisher Leiter der tschechischen Mission in Westberlin, Botschaftsrat in der DDR und Gesandter in Griechenland und Zypern. Vor seiner Entsendung nach Österreich arbeitete er im Außenministerium in Prag als Chef der Sektion für die deutschsprachigen und skandinavischen Länder. Im diplomatischen Korps in Wien ragt er durch seine Körpergröße von fast zwei Metern hervor. Gesandter Dr. Novotny hat dem Bundespräsidenten bereits sein Beglaubigungsschreiben überreicht.

Father Reichenberger †

Am Samstag, dem 2. Juli, ist der Vater der Vertriebenen, Father Doktor h. c. Reichenberger, im 79. Lebensjahr gestorben. Sein Leichnam wird nach Altötting überführt und dort beigesetzt. Emanuel Reichenberger, gebürtiger Oberpfälzer, verbrachte den Großteil seiner Wirksamkeit in der Tschechoslowakei als Generalsekretär der christlichen Volksbewegung. Er mußte im Jahre 1938, als die demokratischen Bewegungen verboten wurden, die Heimat verlassen und ging in die Vereinigten Staaten. Dort wirkte er als Pfarrerseelsorger. Als das furchtbare Los der Vertriebenen über die Sudetendeutschen hereinbrach, war Father Reichenberger der erste, der die Weltöffentlichkeit gegen das schreiende Unrecht zu mobilisieren versuchte. In vielen Schriften und Reden zeigte er auf, in welcher unmenschlicher Weise die Vertriebung vor sich gegangen war. Father Reichenberger kehrte nach dem Kriege wieder nach Europa zurück, nahm in Wien und Graz Aufenthalt und übersiedelte schließlich in die Bundesrepublik. Sein Wirken für die Heimatvertriebenen ehrte die Grazer Universität durch die Verleihung des Ehrendoktorates.

Die „Sudetepost“ wird das Wirken dieses edlen, eigenwilligen Mannes noch ausführlicher würdigen.

BdV warnt vor Wortbruch

Auf einer außerordentlichen Sitzung hat das Präsidium des Bundes der Vertriebenen in Bonn über einige Ausführungen maßgeblicher SPD-Politiker auf dem Parteitag in Dortmund zu Fragen der Wiedervereinigung, der deutschen Ostgrenzen und zum Münchner Abkommen diskutiert. Den Vorsitz führte Präsident Jaksch.

Das Ergebnis der Beratungen wurde in einem Kommuniqué zusammengefaßt, in dem darauf hingewiesen wird, daß durch die Äußerungen auf dem Parteitag der SPD die von dieser Partei bisher eingenommene Haltung ins Zweifelhafte geraten sei. Gleichermaßen gäben Erklärungen der Bundesregierung und der Opposition Anlaß zu der Befürchtung, daß die Obhuterkundung des Bundestages gegenüber dem Heimatrecht der Sudetendeutschen nicht mehr gelten soll.

„Der Bund der Vertriebenen warnt die verfassungsmäßigen Organe der Bundesrepublik Deutschland vor den Gefahren, die ein Wortbruch in diesen lebenswichtigen Fragen des deutschen Volkes für die Stabilität unserer demokratischen Ordnung heraufbeschwören könnte.“

Furcht vor Habsburg

Zu der Frage der Rückkehr von Otto von Habsburg nach Österreich soll in Prag eine besondere politisch-wissenschaftliche Kommission gebildet werden. Die Tschechoslowakei beabsichtigt, sich auch praktisch an vorbereiteten Demonstrationen zu beteiligen, die in Wien und Linz gegen die Rückkehr von Otto von Habsburg stattfinden sollen.

Gedanken zum Sudetendeutschen Tag

Warum wird nie über die Vermögenskonfiskation gesprochen! — Von Dr. Willy Magerstein, Wien

Der angesehene Wiener Rechtsanwalt Dr. Magerstein, der schon in vielen Schriften für die Rechtsansprüche der Vertriebenen eingetreten ist, wirbt in diesem Artikel um Verständnis in der Bundesrepublik Deutschland für die Anerkennung der Entschädigungsrechte der Vertriebenen in Österreich.

Der seit Austreibung der Sudetendeutschen aus ihrer alten angestammten Heimat jährlich abgehaltene Sudetendeutsche Tag hat heuer nicht, wie dies regelmäßig der Fall zu sein pflegt, zu Pfingsten, sondern einige Tage nach Pfingsten in München stattgefunden, in jener Stadt, zu der die meisten heimatvertriebenen Volksdeutschen aus der CSR die engsten Beziehungen haben. Der Sudetendeutsche Tag war wieder ausgezeichnet besucht, alle prominenten Persönlichkeiten der Deutschen Regierung und der Vertriebenen-Verbände waren erschienen oder vertreten und allseits wurde das Recht der Volksdeutschen aus der CSR auf ihre Heimat und ihr Selbstbestimmungsrecht anerkannt und bestätigt.

Dennoch können die Volksdeutschen aus der CSR nicht restlos befriedigt und beruhigt sein.

Es ist einleuchtend, daß die Tschechoslowakei und das tschechische Volk die Zusammenkunft der von ihnen völkerrechtswidrig nach vollständiger Ausraubung aus der angestammten Heimat vertriebenen Volksdeutschen nicht mit Befriedigung zur Kenntnis nehmen will, die beim sudetendeutschen Tag ihre Ansprüche immer wieder erheben und in Erinnerung bringen. Aber auch zahlreiche Personen deutscher Volkszugehörigkeit und deutscher Staatsbürgerschaft erblicken in den sudetendeutschen Tagen eine überholte Er-

scheinung, da die heimatvertriebenen Volksdeutschen ja eine neue Heimat gefunden und sich dort akklimatisiert haben, während die Tschechoslowakische Republik dem totalitären Kommunismus mit der mit diesem zwangsläufig verbundenen Unfreiheit verfallen ist, so daß kaum ein Volksdeutscher, der heute in der freien Welt lebt, derzeit Sehnsucht danach hat, in seine alte Heimat zurückzukehren. Diese negativ eingestellte Gruppe verweist auch auf die auch von den Westmächten und besonders auch von den USA betonte Notwendigkeit einer Verständigung zwischen Ost und West, die aus handelspolitischen Erwägungen von weiten Kreisen angestrebt wird und welche durch die Sudetendeutschen Tage infolge der Verstimmung der tschechischen Kreise nur erschwert wird, ohne daß die Sudetendeutschen Tage praktisch einen Erfolg bringen.

Der unverständliche Mangel an Verständnis in deutschen Kreisen, die doch am Schicksal der mehr als drei Millionen Volksdeutschen aus der CSR ein legales und eminentes Interesse haben müßten, geht meines Erachtens vor allem darauf zurück, daß bei den Sudetendeutschen Tagen wohl ständig vom Recht auf die Heimat, dem Anspruch auf Rückkehr und vom Recht auf Selbstbestimmung gesprochen wird — Probleme, deren Verwirklichung derzeit nicht aktuell ist und die weitgehend politischen Charakter haben — während die sonstigen Fragen, die mit der entschädigungslosen Konfiskation und Austreibung verbunden sind, nicht gesondert erörtert werden, so daß dieser derzeit praktisch allein wichtige Gesichtspunkt dem Verständnis der breiten deutschen Öffentlichkeit entrückt ist.

Vertreibung widersprach dem Minderheitenrecht

Die Austreibung der Volksdeutschen aus ihrer Heimat bei gleichzeitiger Konfiskation ihres gesamten Vermögens erfolgte — was immer wieder betont werden muß, in der Praxis aber zu wenig betont wird — im Widerspruch mit den, die Tschechoslowakei bindend verpflichtenden Bestimmungen des Minderheitenschutzvertrages von Saint-Germain vom 10. September 1919, den die CSR am Tage des Friedensschlusses von Saint-Germain mit den alliierten und assoziierten Hauptmächten (Frankreich, England, USA, Italien und Japan) abschließen mußte, um als selbständiger Staat anerkannt zu werden.

Die CSR hat in Artikel 1 dieses Vertrages anerkannt, daß die Bestimmungen des Minderheitenschutzvertrages ein Grundgesetz bilden sollen und daß kein Gesetz, keine Verordnung und keine Amtshandlung mit diesen Grundsätzen im Widerspruch oder Gegensatz stehen wird und im Falle eines solchen Widerspruchs oder Gegensatzes rechtsunwirksam sein solle. In Artikel 7 sichert die Tschechoslowakische Republik allen Staatsbürgern Gleichheit vor dem Gesetz und die gleichen bürgerlichen und politischen Rechte zu ohne Rücksicht auf Rasse, Sprache oder Religion. Nach Artikel 8 verpflichtet sich die CSR, die Angehörigen von ethnischen Minderheiten von Rechts wegen und tatsächlich in gleicher Weise zu behandeln wie die übrigen tschechoslowakischen Staatsangehörigen.

Nur noch Mordtaten sind verfolgbar

Bayerische Gerichte wollen Verbrechen an Sudetendeutschen untersuchen

In der Fragestunde des Deutschen Bundestages hat Bundesjustizminister Dr. Jaeger über die Verfolgung von Verbrechen, die an Deutschen während des Krieges und bei der Vertriebung begangen worden sind, unter anderem erklärt:

„Mit der Frage, in welchem Umfang außer den NS-Verbrechen auch die Verbrechen an Deutschen aufgeklärt werden sollten, deren Täter dem Zugriff der deutschen Justiz entzogen sind, haben sich die hierfür zuständigen Justizminister und -senatoren der Länder schon anlässlich der Errichtung der Zentralen Stelle in Ludwigsburg im Jahre 1958 befaßt. Damals hatte das Bayerische Staatsministerium der Justiz vorgeschlagen, die Zentrale Stelle auch mit der Aufklärung dieser Verbrechen zu beauftragen. Der Antrag wurde jedoch aus der Erwägung abgelehnt, daß die beiden Tatkomplexe zu verschieden seien.“

Im Jahre 1964 wurde die Verfolgung der Vertriebensverbrechen erneut in einer Besprechung der Justizminister und -senatoren behandelt. Dabei bestand Einigkeit darüber, daß Verfahren wegen solcher Taten nicht ohne weitere Ermittlungen mit der Begründung eingestellt werden sollten, der Täter lebe im Ausland und sei daher dem Zugriff der deutschen Justiz entzogen; es solle vielmehr in jedem Einzelfall geprüft werden, welche Ermittlungen möglich und notwendig seien.

Mit der gleichen Frage beschäftigte sich die 33. Justizministerkonferenz am 29. Oktober 1965 in Bremen und faßte einstimmig folgende Entschlußung:

„Die Justizminister und -senatoren sind der Auffassung, daß Verbrechen, die im Zusammenhang mit dem letzten Krieg, namentlich bei der Vertriebung, an Deutschen begangen worden sind, mit Nachdruck zu verfolgen sind, soweit die rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen hierzu bestehen. Dabei sollen zusammengehörende Tatkomplexe möglichst von derselben Staatsanwaltschaft bearbeitet werden.“

Hier darf ich allerdings bemerken, daß heute wegen des Eintritts der Verjährung nur

Austreibung und Vermögenskonfiskation erfolgte aber ausschließlich wegen deutscher Volkszugehörigkeit, ist also, sofern diese Maßnahmen tschechoslowakische Staatsbürger betrafen, nach Artikel 1 Minderheitenschutzvertrag rechtsunwirksam.

Die CSR steht auf dem Standpunkte der Rechtsungültigkeit des Münchner Abkommens von vornherein, muß daher die Sudetendeutschen als tschechoslowakische Staatsbürger betrachten.

Sollte aber das Münchner Abkommen als gültig angesehen werden, dann sind die Sudetendeutschen auf Grund des Berliner Vertrages vom 20. November 1938, (Zl. 300/1938 der tschechoslowakischen Gesetzessammlung) deutsche Staatsangehörige geworden, und ausländische Staatsangehörige dürfen nach einer althergebrachten und von niemandem bestrittenen Regel des Völkerrechtes nicht entschädigungslos enteignet werden.

Auf diese Gesichtspunkte wurde in den Reden und Publikationen der sudetendeutschen Tage viel zu wenig hingewiesen, offenbar ist die Rechtslage weiten Kreisen, ja sogar Sudetenkreisen unbekannt.

Nun versucht wohl die Tschechoslowakische Republik die Behauptung aufzustellen, der Minderheitenschutzvertrag sei wegen Änderung der Verhältnisse gegenstandslos geworden.

noch Mordtaten verfolgbar sind, außerdem können echte Widerstandshandlungen wegen der Beschränkung der deutschen Gerichtsbarkeit durch den Überleitungsvertrag nicht verfolgt werden. Nur in den heute noch verfolgbareren Fällen kommt ein Tätigwerden der Justiz in Betracht.

Wegen der Frage, welche Staatsanwaltschaften mit der Bearbeitung der einzelnen Komplexe beauftragt werden sollen, habe ich mich mit Schreiben vom 7. Jänner 1966 an die Landesjustizverwaltungen gewandt. Die Erörterungen hierüber konnten in der Justizministerbesprechung am 21. April 1966 in Bonn nicht abgeschlossen werden. Die Frage soll nunmehr im Herbst in der Justizministerkonferenz in Kiel endgültig geklärt werden. Schon jetzt hat mir der Bayerische Staatsminister der Justiz, Dr. Ehard, in einem persönlichen Schreiben mitgeteilt, falls es zu der von mir angeregten Verteilung der Tatkomplexe komme, werde sich Bayern mit der Übertragung der Untersuchung und Entscheidung hinsichtlich der an Sudetendeutschen begangenen Verbrechen auf ein bayerisches Gericht einverstanden erklären.“

Nachweis der Vertriebensverbrechen

Die württembergisch-badische Landesregierung erstrebe einen dokumentarischen Nachweis der von 1945—1947 an den Vertriebenen verübten Verbrechen. Die Justizminister-Konferenz der deutschen Bundesländer hat jedoch die Einrichtung einer zentralen Aufklärungsstelle — wie sie für die NS-Verbrechen in Ludwigsburg besteht — abgelehnt. Ministerpräsident Kiesinger will sich nun bei den Ministerpräsidenten der Länder dafür einsetzen, daß wenigstens eine Dokumentation über diese Verbrechen angelegt wird. Kiesingers Regierung hält es für wichtig, die Unmenschlichkeiten bei der Vertriebung in den Ländern des Ostens zu erfassen und zu registrieren, obwohl der in Betracht kommende Täterkreis für die deutsche Justiz überwiegend nicht greifbar ist.

Potsdam ist keine Rechtsquelle

Ein Gutachten der Vereinten Nationen vom 4. Juli 1950 stellt sich tatsächlich auf den Standpunkt, der Minderheitenschutzvertrag sei erloschen, weil die Potsdamer Beschlüsse der CSR die Aussiedlung der Deutschen bewilligt hatten, so daß es nunmehr an einem Schutzobjekt fehle, dabei übersieht allerdings dieses Gutachten (Study), daß die Potsdamer Beschlüsse überhaupt keine Rechtsquelle sind, da den Ratsmächten die Legitimation zur Rechtsetzung fehlte, daß sie nicht ratifiziert sind, vielmehr nur ein Programm aufstellen, und übersieht weiter, daß die Potsdamer Ratsmächte auch aus dem Grunde gar nicht berechtigt waren, die Aussiedlung der Volksdeutschen aus der CSR, die tschechoslowakische Staatsbürger waren, zu genehmigen, weil nach Art. XIV des Minderheitenschutzvertrages, der den Charakter einer allseits verbindlichen völkerrechtlichen Norm hat, dieser Vertrag nur mit Zustimmung des Völkerbundes ratifiziert oder abgeändert werden konnte, die niemals erfolgt ist. Der Völkerbund hatte aber im Zeitpunkt der Potsdamer Beschlüsse (2. August 1945) als auch im Zeitpunkt der Vermögenskonfiskation (Zahl 12/1945 vom 21. Juni 1945 bezüglich des land- und forstwirtschaftlichen Bodens, Zahl 108/1945 vom 25. Oktober 1945 bezüglich allen sonstigen Vermögens) noch bestanden und wurde erst im Juli 1946 aufgelöst.

Aber auch wenn man in Betracht zieht, daß der Völkerbund seit dem zweiten Weltkrieg praktisch nicht mehr tätig geworden ist, beinträchtigt dies die Weitergeltung des Minderheitenschutzvertrages nicht, da selbst die „Study“ zu dem Ergebnis kommt, daß das Vertragsverhältnis durch den Wegfall des Völkerbundes als Garant des Minderheitenschutzvertrages nicht so verändert worden ist, daß ein Festhalten an seinen Bestimmungen dem verpflichteten Staat nicht mehr zugemutet werden kann. Übrigens hat die CSR den Minderheitenschutzvertrag niemals und keinem Staat gegenüber gekündigt oder für aufgehoben erklärt.

Es kann also keinem Zweifel unterliegen, daß die Konfiskation der Volksdeutschen aus der CSR im Widerspruch mit dem Minderheitenschutzvertrag erfolgt und daher rechtswidrig ist, so daß die CSR verpflichtet ist, das entzogene Vermögen zurückzustellen, beziehungsweise voll zu entschädigen nach allgemeinen rechtlichen Grundsätzen mit allen Erträgen seit der Konfiskation (Chorzow-Entscheidungen vom 26. 7. 1927, Serie A 9 Kompendium vom 13. 9. 1928, Serie A 17 des ständigen Internationalen Gerichtshofes).

Nach detaillierten Angaben im sudetendeutschen Weißbuch beträgt das den Volksdeutschen in der CSR konfiskierte Vermögen am 8. 5. 1945 ... 19,44 Milliarden US-Dollar, also rund 80 Milliarden DM! Hiezu kommen noch die Erträge durch 20 Jahre.

Es ist nicht Sache der Volksdeutschen, zu prüfen, ob und inwieweit die Tschechen in der Lage sind, der Entschädigungspflicht nachzukommen. Dies ist ausschließlich Sache der CSR und des tschechischen Volkes, das ja den vollen Gegenwert erhalten hat.

Bemerkt sei noch, daß die Signatarstaaten des Minderheitenschutzvertrages nach Artikel XIV verpflichtet sind, die CSR auf Einhaltung der von ihr übernommenen Verpflichtungen zu verhalten und gegebenenfalls vor dem in der Völkerbundsatzung vorgesehenen internationalen Gerichtshof des Völkerbundes zu klagen. (Artikel XIV, Abs. 3 des Minderheitenschutzvertrages.) Die Kompetenz ist indessen durch die UNO-Charta auf den Internationalen Gerichtshof übergegangen, da die CSSR ja von Anbeginn an Mitgliedsstaat der UNO ist. (Art. 37 des Statuts des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag.)

Diese entscheidende wichtige Rechtslage ist weiten Kreisen des deutschen Volkes, ja selbst gebildeten Kreisen, völlig unbekannt, und es wäre notwendig, die deutsche Öffentlichkeit hierüber eingehend aufzuklären.

Es kann doch kein rechtlich denkender Mensch es als Recht und gerecht hinnehmen, daß eine Volksgruppe von mehr als drei Millionen Menschen aus ihrer altangestammten Heimat, die sie mindestens 700 Jahre bewohnte und kultivierte, nur wegen ihrer Volkszugehörigkeit ihres gesamten Vermögens beraubt und aus der Heimat vertrieben wird, von einem Staat, der auf jede Diskriminierung der Volksdeutschen gegenüber fünf prominenten Staaten feierlich verzichtet hat und verzichten mußte, um zu erwirken, daß die von den Deutschen in einem geschlossenen Sprachgebiet bewohnten Landstriche dem tschechoslowakischen Staat zugewiesen wurden. Die Volksdeutschen der CSR wurden gegen ihren Willen in den tschechoslowakischen Staat gepreßt, sie haben eindeutig ihre Absicht bekundet und verteidigt, Österreich angeschlossen zu werden, wie dies auch das Manifest Kaiser Karls vom 18. Oktober 1918 angeordnet hat.

Es kann doch nicht als Recht hingenommen werden, daß die betroffene Volksgruppe nicht einmal für ihr völkerrechtswidrig entzogenes Vermögen entschädigt wird; bei den in Österreich lebenden Volksdeutschen aus der CSR ist dies aber der Fall, da auch die Bundesrepublik Deutschland sich weigert, sie im Sinne der Artikel 2 und 5 des VI. Teiles des Überleitungsvertrages vom 23. Oktober 1954 zu entschädigen; niemand ist bereit, für eine Abhilfe zu sorgen, wozu vor allem auch die Signatarmächte des Minderheitenschutzvertrages berufen wären, die berechtigt sind, die CSR nach Art. XIV des Minderheitenschutzvertrages auf Entschädigung zu klagen.

Gauner haben gute Zeiten

Aus den tschechischen Gerichtssälen zusammengetragen — Es fehlt an Kontrolle

Von Zeit zu Zeit schafft ein Arbeiter mit dem Schubkarren Hobelspäne zum Fabrikstor hinaus. Der gewissenhafte Portier stoher jedesmal in den Spänen herum, stieß jedoch dabei nie auf irgendeinen versteckten Gegenstand. Bis ihn ein Bekannter darauf aufmerksam machte, daß der Mann im Wirtshaus prahlte, er hätte schon zwei Dutzend funkelneue Schubkarren zum Tor hinausgebracht.

Die eigentliche Pointe dieser Anekdote, so bemerkt die Prager „Volkszeitung“, besteht darin, daß sich das tatsächlich zugetragen hat. Und das ist ebensovienig zum Lachen wie der Fall des Verkaufsstellenleiters der Caritas in Brünn. Über 70.000 Kronen zu veruntreuen, das könnte einem — abgesehen von der moralischen Wertung — beinahe als eine beachtliche Leistung erscheinen, wenn

bedienungsladen im buchstäblichen Sinne umgewandelt wurde. Die Verkäuferin saß mit dem Rücken zu den Regalen, aus denen jeder nehmen konnte, was er wollte. Aufsicht gab es keine, anstatt der Registrierkasse diente eine Pappschachtel, niemand wußte, bei wem sich der Reserveschlüssel befand, der wegen Diebstahl verurteilte Lagerhalter konnte ruhig weiter arbeiten und der Verkäuferin drohen, die auf seine Praktiken aufmerksam gemacht hatte. Das unvermeidliche, sich ständig wiederholende Manko wurde dann den Verkäuferinnen angerechnet.

Die 1965 aufgedeckten Defraudationen und Diebstähle von Gemeineigentum waren laut Statistik zu 70 Prozent durch mangelhafte Kontrolle verschuldet, zu 8,8 Prozent durch Unordnung in der Evidenz, der Rest durch verschiedene administrative Machinationen. Die kleinen Diebstähle, die zusammengerechnet Millionenbeträge ergeben, nehmen zu.

Ein Beispiel: Sieben Angestellte der Packerei eines Geschäftes in Preßburg haben in zwei Jahren mit Hilfe einer Angehörigen der Betriebswache unter anderem 910 kg Kaffee, 55 kg Kakao und 51 kg Tee weggetragen und für eigene Rechnung verkauft — insgesamt Waren im Werte von etwa 176.000 Kcs.

Dabei herrscht wahrhaftig kein Mangel an administrativen Angestellten, zu deren Arbeit Kontrolle und Evidenz gehören, und auch die Betriebswachen beanspruchen nicht wenig Arbeitskräfte und Geld. Im Ostrauer Kohlenrevier gibt es z. B. 927 Wachleute und Nachtwächter.

Verbrechenskurve steigt

Die tschechoslowakischen Behörden, die früher über die Kriminalität im Lande sehr schweigsam waren, geben nun offen zu, daß die Verbrechenskurve beängstigend ansteigt. Besonders die Fälle von Trunkenheit, Unruhe-

stiftung, Diebstahl von Staatseigentum, häufiges Fernbleiben von der Arbeit, aber auch Sittlichkeitsdelikte, haben sich stark vermehrt. Das Organ der Gewerkschaft in der Slowakei berichtete jüngst, daß die Zahl der Verhaftungen um 12,7 Prozent höher sei als im Jahre zuvor. Banden von jungen Strolchen terrorisieren ganze Stadtteile und treiben es sogar auf dem Prager Wenzelsplatz so arg, daß der Verkehr manchmal zum Stillstand kommt. Ein Gerichtshof mußte kürzlich achtzehn Jugendliche zu längeren Kerkerstrafen verurteilen, weil sie den kleinen Ort Petzelka bei Preßburg, der an der österreichischen Grenze liegt, nicht zur Ruhe kommen ließen.

Sexualmord in Prager Kino

In einem Raum im Prager Kino Metro in der Nationalstraße unterhalb der Kabine, der als Abstellraum gedient hatte, fand die Polizei die Leiche eines elfjährigen Jungen, die bereits stark in Verwesung übergegangen war. Der Junge war seit fünf Tagen vermißt worden. Nach dem Ergebnis der ärztlichen Untersuchung handelte es sich um einen Sexualmord.

Binnen zwölf Stunden wurde der Filmvorführer des Kinos, der 24jährige Jaroslav Papez, in seiner Wohnung in Chodova bei Prag als Täter verhaftet und des Mordes so schnell überführt, daß er ein Geständnis ablegte. Papez hatte den Jungen in die Vorführkabine mitgenommen. Papez mißbrauchte den Jungen und stach ihn anschließend mit einer Schere nieder. Um sicherzugehen, würgte er ihn dann noch. Die weitere Untersuchung hat inzwischen ergeben, daß Papez wegen Gewalttätigkeiten bereits zweimal vorbestraft ist. 1961 hatte er ein Jahr Gefängnis mit Bewährungsfrist erhalten, die zweite Strafe im April d. J. (9 Monate) sollte er am 6. Juni antreten. Am Tag vorher ermordete er den Jungen.

2509 Polizisten tätlich angegriffen

34 Tschechen wegen „Unruhestiftung“ am 1. Mai verurteilt

Die Mai-Feierlichkeiten in der Tschechoslowakei waren in diesem Jahr ohne Zwischenfälle verlaufen; bis auf das Randalieren einiger Jugendlicher, die nach den seinerzeitigen Berichten der tschechischen Zeitungen in betrunkenem Zustand einige Ruhestörungen verursacht haben.

Inzwischen sind drei Prozesse abgerollt, von denen jeder einzelne vier Tage gedauert hat, und bei denen insgesamt 34 Personen zu teils bedingten, teils zur Bewährung ausgesetzten Strafen bis zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt worden sind.

Die „betrunkenen Ruhestörer“ haben sich in den drei Prozessen als Akteure gemeinsamer Aktionen entpuppt, in deren Verlauf durchaus nicht nur „friedliche Passanten“ angepöbeln, sondern auch Staats- und Parteilichen heruntergerissen, antistaatliche Parolen skandiert wurden und Polizeiorganen kompakter Widerstand geleistet worden ist.

Das Parteiorgan „Rude Pravo“ nimmt diese Prozesse zum Anlaß, die Bevölkerung vor Solidaritätsbeweisen mit derartigen „Elementen“ zu warnen, und vor allem davor, der Polizei — wie es in letzter Zeit wiederholt geschehen sei — bei ihrem Vorgehen gegen diese „Störenfriede“ in die Hände zu fallen. In einigen Fällen hätten umstehende Personen die Polizei sogar beschimpft, gegen die Jugendlichen mit „Gestapomethoden“ vorzugehen.

Die Bevölkerung müsse Verständnis dafür aufbringen, daß die Polizei solche „Unruhestifter“ nicht mit Samthandschuhen anfassen könne und hier und da auch gezwungen

sei, vom Schlagstock Gebrauch zu machen. Insgesamt seien innerhalb eines einzigen Jahres schließlich 2509 Polizeibeamte tätlich angegriffen worden. Die Parteizeitung stellt fest, daß sich die Zahl der „Ausschreitungen“ in den vergangenen Monaten erheblich erhöht habe und es höchste Zeit sei, diesem Spuk endlich einmal energisch entgegenzutreten.

Waffenhammer bei Gossengrün verfällt

Auch heute noch, wie seit 250 Jahren, in deutscher Hand

An der jähren Straßenkurve von Frankenhämmer in Richtung Gossengrün liegt inmitten grüner Wiesen und umgeben von herrlichen Waldungen der alte Waffenhammer. Er wurde am Anfang des 17. Jahrhunderts gebaut, im Verlauf der vergangenen 250 Jahre hat er mehrmals seinen Besitzer gewechselt. Der Erbauer soll ein Waffenschmied aus Bayern gewesen sein. Der Vater des bereits

worden ist. Bis 1945 brachten die Bauern aus den umliegenden Ortschaften ihr Getreide zum Mahlen in diese Mühle. Wie anderswo wurde hier auch Brot gebacken. Außerdem hatte sich der Vater des Waffenhammer-Seff auf das Schindelschneiden eingerichtet. Noch bis vor kurzem versorgte der Steinbach und das große Mühlrad die Familie Sandner auch mit elektrischem Strom.

Es mutete den Städter sonderbar an, wenn er abends in dieser Waldeinsamkeit das elektrische Licht aufflammen sah. Das alte Mühlrad, das 25 Jahre fast Tag und Nacht so gute Dienste leistete, erlag aber leider vor einigen Monaten der Altersschwäche und brach entzwei. Nun sitzt der Seff mit seiner rastlos tätigen Frau wie vor fünfzig Jahren allabendlich bei der Petroleumfunzel und sinniert über seine Sorgen. Denn das große Schindeldach ist dermaßen schadhaf, daß der Seff kaum genug Kübel, Kannen und Wannen hat, um bei Regenwetter das Wasser wenigstens teilweise aufzufangen; dazu ist auch noch die Lichtmaschine zum Stillstand gekommen.

Zwar hatte im Vorjahr eine Sachverständigenkommission die baldige Instandsetzung versprochen, und ein Schreiben hatte mitgeteilt, daß der Waffenhammer unter Denkmalschutz gestellt sei. Doch bis heute blieben nicht nur die Zimmerleute, Dachdecker und Maurer aus, es kam auch bisher kein Kilo Material, und man schweigt sich aus. (Volkszeitung)

Beschlagnahme von Flüchtlings-eigentum

Erstmals hat die in Preßburg erscheinende Zeitschrift „Smena“ Einzelheiten darüber veröffentlicht, was mit dem Eigentum von Personen geschieht, die illegal das Land verlassen.

Da eine illegale Ausreise aus der Tschechoslowakei grundsätzlich einen strafrechtlichen Tatbestand darstellt, könnten auch die gegen das zurückgelassene Eigentum zu verhängenden Maßnahmen nur von einem Gericht verfügt werden.

Im allgemeinen sei es so, daß das gesamte Eigentum vom Staat konfisziert wird, wenn alle Mitglieder einer Familie ins Ausland geflüchtet oder im Ausland verblieben sind. Wenn nur ein Familienmitglied geflohen ist und der andere mit minderjährigen Kindern zurückbleibt, würden diesem alle Gegenstände des täglichen Gebrauchs belassen, nicht aber größere Werte, wie z. B. ein Kraftwagen, ein Motorrad, ein Wochenendhaus und ähnliche Dinge, die nicht als Gegenstände des täglichen Gebrauchs anzusehen sind. Ähnlich werde das Gericht entscheiden, wenn nur Kinder zurückbleiben und sich beide Elternteile ins Ausland absetzen.

man nicht wüßte, daß in dem Laden seit 1962 keine Inventur gemacht wurde. Hier ist also nicht nur der Stehlende, sondern auch der Bestohlene schuldig.

Genau so wie im Postamt von Třebíč, wo Banditen bequem durch ein offenes Fenster im Erdgeschoß einsteigen und die nicht gesicherte Kasse mit 225.000 Kcs wegtragen konnten. Gitterfenster bekamen sie erst im Gefängnis zu Gesicht.

Noch leichter konnte sich Ladislav Malý, Buchhalter der Pilsner Bierbrauerei, über 184.000 Kcs verschaffen. Seit Februar 1958 fälschte er systematisch die Lohnlisten, indem er nicht vorhandene Angestellte eintrug, die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden erhöhte, desgleichen die Steuerabzüge. Die fingierten Eintragungen radierte Malý dann wieder aus und steckte das überzählige Geld aus den Lohnbüchsen in seine Tasche. Diese Machinationen waren nur dadurch möglich, daß die nötige Kontrolle fehlte und vor allem die Vorschrift nicht eingehalten wurde, wonach der Lohnbuchhalter nichts mit der Auszahlung zu tun haben darf.

Vor dem Strafsenat am Prager Obstmarkt standen 28 Angestellte eines Milchbuffets, vom Betrieb verklagt wegen eines Mangos von 15.759 Kcs. Die Verkäuferinnen warfen den beiden Verkaufsstellenleitern schlechte Organisation der Arbeit und mangelnde Kontrolle vor. Die wiederum behaupteten, der Fehlbetrag könne nur durch Manipulationen an der Kasse oder Diebereien beim Verkauf entstanden sein. Alle zusammen verdächtigten die Beifahrer, die sich, wenn sie wollten, die Quittungen selbst abstempeln konnten, was natürlich auch unzulässig ist.

Die Sachlage ging aus wie das Hornberger Schießen. Weder der Fehlbetrag, noch der Dieb waren zu finden, und so teilte der Richter die Bezahlung des Mangos salomonisch zwischen den Angestellten und dem Betrieb auf.

Oder was soll man zu der Praxis eines anderen großen Prager Unternehmens sagen, wo die Fabrikskantine unter Außerachtlassung der gesetzlichen Vorschriften in einen Selbst-

Kardinal Beran und das CS-Exil

Der Kardinal soll Werkzeug der Emigranten werden

Der Besuch von Kardinal Beran in den USA hat in tschechischen und slowakischen Kreisen des Landes ein beachtliches Echo hervorgerufen.

Zweifellos hatte diese Reise des Kardinals eine große Bedeutung für die Landsleute tschechischer und slowakischer Herkunft, die in letzter Zeit Ziel der „Devisenjäger“ aus Prag sind, die auf alle mögliche Weise die amerikanischen Landsleute davon zu überzeugen versuchen, daß Prag Prag ist, daß diese Stadt immer noch die Wiege des alten Sokol ist, und alles geblieben ist, was die Tschechen durch ihre Erinnerungen an diese Stadt anzieht.

Die Bedeutung des Besuches des Kardinals konnte man auch bei der kommunistisch orientierten tschechischen und slowakischen Minorität in Chicago beobachten, die sorgfältig an die Propagierung der heutigen Tschechoslowakei in den USA arbeitet. Begreiflicherweise hat deren negative Ansicht über den Kardinal nur seine Bedeutung für die Tschechen und letzten Endes auch für die Slowaken in der freien Welt unterstrichen.

In der Exilgesellschaft gibt es auch Leute, die aus der Vergangenheit nichts gelernt haben und die heute versuchen, aus dem Kardinal ein Symbol der politischen Einheit des Exils zu machen. In diesem Punkte muß man sich aber gegen ähnliche Versuche stellen, denn schon die Umstände während der Reise des Kardinals durch die USA und Kanada deuten darauf, wie man sich diese Einheit des Exils vorstellt. Diese Einheit sollte dann laut folgendem politischem Wörterbuch lauten:

Hauptexponent wäre der Rat der freien Tschechoslowakei, der praktisch nicht mehr existiert, wegen seiner politischen Altersschwäche. Diese Leute, die in den USA verhältnismäßig gute Stellen an Universitäten und verschiedenen Instituten einnehmen, versuchen, um den Kardinal einen undurchdringlichen Wall zu bauen. In diesem Bestreben werden sie von einigen katholischen Priestern unterstützt, die ihrerseits den Kardinal wegen persönlicher Ambitionen umstellen, ihn überall bewachen, wo er sich auch bewegt oder aufhält. Kardinal Beran mußte viele Jahre der kommunistischen Verfolgung erleben, während dieser Zeit hatte er keine Möglichkeit des Kontaktes mit Menschen. Seit seinem Eintreffen in Rom wird er wieder von Menschen umgeben, die wieder anderen nicht ermöglichen, mit ihm über die Probleme zu reden, welche sie bewegen. Selbst Briefe an den Kardinal gehen oft sonderbare Wege, man weiß nie, ob sie der Adressat erhält oder ob sie sich in einem unsichtbaren Zensurnetz verfangen.

In der nächsten Zeit bereitet sich der Kardinal auf eine Reise nach England vor. Heute hört man schon in den USA, daß in London Beratungen stattfanden, wer von den Tschechen in England an den Kardinal herangeführt werden darf und wer nicht. Außerdem war kürzlich hier in den USA eine Sitzung der politischen Exulanten aus England und den USA, wo man vor allem darüber beriet, wie man aus dem Kardinal den „Führer des tschechoslowakischen Exils“ machen könnte. Wenn der Kardinal von einer solchen „Krönung“ auch bisher keine Ahnung hat, so muß doch auf diesen Umstand hingewiesen werden.

So leben sie heute...

Die Zahl der vom Budapester Gerichtshof rechtskräftig verurteilten jugendlichen Kriminellen erhöhte sich im Jahre 1965 gegenüber 1960 auf 136,8 Prozent, meldet „Esti Hirlap“, Budapest. Der überwiegende Teil dieser Jugendlichen wuchs in zerrütteten Familienverhältnissen auf. In den Tageshorten der Schulen können nur 22 Prozent der Volksschüler Aufnahme finden, und der größte Teil der Kinder bleibt nach der Schule unbeaufsichtigt, da fast durchwegs beide Teile der Eltern einer Arbeit nachgehen müssen.

Anlässlich der Verurteilung von Sektenangehörigen wegen „subversiver Tätigkeit gegen die Republik“, schrieb die Zeitschrift „Smer“, Banska Bystrica, daß es in der CSSR rund 25.000 Zeugen Jehovas gebe. In der Mittelslowakei soll sich die Tätigkeit der dort lebenden 1800 Sektenmitglieder in letzter Zeit intensiviert haben.

Um neben den statistischen Angaben über die Entwicklung des Lebensstandards auch die subjektive Einschätzung feststellen zu können, wurde Ende 1965 in Ungarn eine Befragung unter der Bevölkerung durchgeführt, schreibt das wirtschaftspolitische Wochenblatt „Figyelő“, Budapest. Unverändert oder verschlechtert (gegenüber 1963) fanden den Lebensstandard 59 Prozent der Arbeiter und Angestellten sowie 64 Prozent der Bauern. Das Blatt klagt, daß offensichtlich die Mehrzahl der Befragten nichts von einer Hebung des Lebensstandards bemerkt.

In der CSSR wird neuerdings eine „volkseigene“ Anti-Baby-Pille eingesetzt, um die hohe Zahl der Schwangerschaftsunterbrechungen einzudämmen, berichtet „Mlada Fronta“, Prag. Im vergangenen Jahr wurden in der CSSR offiziell 79.368 derartige Eingriffe vorgenommen. Daß die wirkliche Zahl bedeutend höher liegt, geht aus der Mitteilung hervor, daß sich über 100.000 Frauen „dieser Pillen bedienen dürften, wenn sie in genügender Menge vorhanden sein werden...“

Johnsons Berater will Grenze verschieben

Der ehemalige außenpolitische Berater Präsident Johnsons, Mc. George Bundy, sagte vor dem außenpolitischen Ausschuss des amerikanischen Senates, wenn es zu einer friedlichen Lösung komme, so werde sie unter anderem auf den gegenwärtigen Grenzen zwischen Deutschland und Polen beruhen. Die Verweigerung der Anerkennung dieser Grenze gebe dem Westen keinen Verhandlungsspielraum und untermauere die Argumente jener Politiker des Ostens, die aus der bestehenden Furcht vor Deutschland Nutzen ziehen.

Tito krepelt um

Der jugoslawische Staatspräsident Tito, von dem es in den letzten Monaten wiederholt geheißen hatte, er sei amtsmüde, hat vor dem Zentralkomitee seiner Partei ein kräftiges Lebenszeichen gegeben. Als erster ist Vizepräsident Alexander Rankovic unter den Tisch gefallen, als zweiter Innenminister Stefanovic. Tito tat empört darüber, daß sich die Geheime Staatspolizei zu einem System entwickelt habe, das die gesamte Gesellschaft bedrücke. Unglaubliche Ausmaße hätten die Entartungen angenommen. Die Entartungen verglich Tito mit der Willkür Stalins. Es liege ein Machtkampf einer Splittergruppe vor. Rankovic und Stefanovic wurden nicht bloß ihrer Staatsämter für verlustig erklärt, sondern auch aus der Partei ausgeschlossen. Man erwartet weitgehende personelle Umbesetzungen in der Partei und in der Regierung Jugoslawiens.

Es ist interessant, daß diese Säuberung zeitlich mit der Wiederaufnahme von diplomatischen Beziehungen zwischen Jugoslawien und dem Vatikan zusammenfällt. Der Vatikan sendet einen apostolischen Delegaten nach Belgrad, der sich in Rom durch einen Beobachter vertreten läßt.

72jährigen jetzigen Besitzers Josef Sandner erwarb den Waffenhammer käuflich um die Jahrhundertwende.

Bereitwillig ließ mich der „Waffenhammer-Seff“, wie er allgemein genannt wird, in alle Kaufverträge, Wasserrechts- und andere, fast zweihundert Jahre alte, teils mit Federkiel geschriebene Urkunden Einsicht nehmen. Es kann nicht mit Sicherheit nachgewiesen werden, ob im Waffenhammer auch jemals mittelalterliche Waffen, wie Hellebarden und dergleichen, hergestellt wurden, zumal es ja zu Beginn des 18. Jahrhunderts bereits Schießpulver und Feuerwaffen gab. Fest steht jedoch, daß Pflugschare und andere landwirtschaftliche Geräte, Hacken, Hauen und ähnliches geschmiedet wurden. Diese gewiß schwere Arbeit wurde mit Hilfe eines großen Wasserrades von drei Meter Durchmesser, das der Steinbach antrieb, ausgeführt.

Mit Beginn des 19. Jahrhunderts wird in den Urkunden von einer Mühle geschrieben, so daß man annehmen muß, daß die Schmiederei schon längere Zeit vorher aufgegeben

Königgrätz 1866: Falsche Weichenstellung europäischer Geschichte

„Wahrlich, existierte der österreichische Kaiserstaat nicht schon längst, man müßte sich im Interesse Europas beeilen, ihn zu schaffen!“ Das war die Quintessenz eines Briefes, mit dem der Sprecher der Tschechen, der Prager Geschichtsprofessor Palacký, im Frühjahr 1848 seine Absage, zum demokratischen deutschen Nationalparlament in die Paulskirche nach Frankfurt zu kommen, begründete. In Frankfurt nämlich, an der alten Stätte der Wahl der römisch-deutschen Kaiser, hatten sich die Vertreter aller jener Länder versammelt, die einst zu dem in den Napoleonischen Kriegen untergegangenen deutschen Kaiserreich gehört hatten und die sich als Vertreter einer neuen liberal-demokratischen Gesinnung bemühten, eine neue politische Formel für einen neuen deutschen Nationalstaat zu finden. Während gerade im alten österreichischen Völkerstaat, in der Lombardei und in Ungarn, in Prag und in Lemberg, und nicht zuletzt in der alten Kaiserstadt Wien das Volk für nationale und persönliche Freiheit aufgestanden war, während in den Sturmtagen des Jahres 1848 der alte Völkerstaat zu zerbrechen drohte, legte der Führer der Tschechen ein geschichtliches Bekenntnis zur österreichischen Reichsidee ab. Nicht in einem deutschen Nationalstaat wollten die Tschechen ihre Zukunft erkennen. Österreich, die politische Heimat der osteuropäischen Nationen an der Donau, war nach Ansicht Palackýs durch geschichtliche Tradition und politische Aufgabe jener Staat, in dem die Tschechen auch ihr weiteres Leben gestalten wollten. Der deutsche Nationalstaat war eine Gefahr für dieses Österreich.

Schon Ende 1848 war das Schicksal dieses deutschen Nationalstaates entschieden. Gerade an der großösterreichischen Frage war das „Dichter- und Gelehrtenparlament“ gescheitert. „Österreichs Fortbestand in staatlicher Einheit ist ein deutsches wie ein europäisches Bedürfnis“, sagte Fürst Schwarzenberg als der verantwortliche Leiter der österreichischen Politik dieser Zeit; und er erteilte den politischen Vorstellungen der Frankfurter gleichzeitig eine klare Absage: „Erst wenn das verjüngte Österreich und das verjüngte Deutschland zu neuen und festeren Formen gelangt sind, wird es möglich sein, ihre gegenseitigen Beziehungen staatlich zu bestimmen.“

Diese gegenseitigen Beziehungen sollten in der Form des alten deutschen Bundestages, der Versammlung der Gesandten der deutschen Länder, wiederaufgenommen werden. Österreich, aus der Revolution siegreich neu erstanden, wollte seiner Aufgabe, den Völkern des Ostens eine politische Heimat zu geben, ebenso treu bleiben wie seiner deutschen Sendung. Es wollte weiterhin die erste Macht im deutschen Bund bleiben.

Freilich steht über dieser Aufgabe jener Fluch des Hauses Habsburg, den Grillparzers politisches Testament, sein „Bruderzwist“, ausgesprochen hat: „Auf halben Wegen und zu halber Tat mit halben Mitteln zauderhaft zu streben.“ 1848 hatte die Tragödie Österreichs als europäische Tragödie begonnen. Mit Königgrätz tritt diese Tragödie in ihre entscheidende Phase; denn in Königgrätz zahlte Österreich für jene Unterlassungen, die auch nach dieser Niederlage sein weiteres Handeln — oder besser: Nichthandeln — bestimmen sollten.

„Ein verjüngtes Österreich wird die gegenseitigen Beziehungen neu bestimmen...“ Das hatte 1848 auch das österreichische Parlament in Kremsier gemeint, als es versuchte, den dynastischen Einheitsstaat des Habsburgerreiches in einen „Nationalitäten-Bundesstaat“ umzuwandeln, um den „Völkerfrühling“ der Revolution im Sinne des österreichischen Reiches zu nützen. Der österreichische Einheitsstaat unter Schwarzenbergs Szepter warf diese Hoffnungen und politischen Möglichkeiten in der Gestaltung des Neabsolutismus wieder über Bord. Österreich, das zwar in seiner neuen Verwaltung und Rechtsprechung viele Anregungen der Revolution übernommen hatte, stellte sich letztlich doch gegen diese Forderungen seiner Zeit.

Die Niederlage gegen Frankreich und Sardinien 1859 bringt die erste Besinnung und den ersten Versuch, mit „halber“ Tat Neues zu schaffen. Die innenpolitische Neuordnung, die auf Solferino folgt, der neue Versuch eines gesamtösterreichischen Parlamentes wird von den nichtdeutschen Völkern Österreichs, die ihre Wünsche enttäuscht sahen, sabotiert.

Und trotzdem marschieren österreichische Soldaten Schuler an Schulter mit den Preußen 1864 in Schleswig-Holstein ein, als es gilt, das Land vor der dänischen Herrschaft zu schützen; denn Österreich will seinen Anspruch, die erste deutsche Macht zu sein, nicht an Preußen abtreten. So weigert er sich auch, Preußen in diesem Land freie Hand zu lassen, obwohl sich Bismarck bereit erklärt hatte, Österreichs Stellung in Deutschland zu respektieren und seinen Weg nach der Welt, nach Friaul und Triest, ja selbst nach Venedig, das vor dem Abfall stand, mit preußischer Hilfe offenzuhalten. Österreichs Außenminister Rechberg rät zu dieser Lösung, der österreichische Kaiser aber lehnt ab, um wenig später Napoleon III. Venedig zu versprechen, um dem Kaiser der Franzosen für deutsche Kompensationen, die mehr als dubios waren, zu gewinnen.

Als es mit Preußen zum Krieg kommt, setzt sich die Groteske militärisch fort. Österreich verteidigt Venedig mit den besten Truppen, die es hat; am 24. Juni 1866 siegt Erzherzog Albrecht bei Custozza, als die Italiener in Venedig einfallen. Doch am 3. Juli 1866 zerbricht das österreichische Heer gegen Preußen in Königgrätz. Der ursprüngliche Oberbefehlshaber der österreichischen Truppen in Italien,

der dort „jeden Baum zwischen Mailand und Verona kannte“, der bürgerliche Feldzeugmeister Benedek, hatte das Kommando im Süden an das Mitglied des österreichischen Herrscherhauses abtreten müssen, um diesem den „sicheren“ Sieg zu überlassen. Dafür wurde Benedek als Oberbefehlshaber in Böhmen nach der Katastrophe von Königgrätz geächtet.

Zehn Tage nach seinem Sieg zieht Erzherzog Albrecht mit seinen Truppen aus Italien ab, um den Oberbefehl im Norden zu übernehmen. Das geschlagene Italien zieht kampflos in Venetien ein. Österreich muß Preußen nach Königgrätz freie Hand im Deutschen Bund lassen und sich mit dem Verlust Venetiens abfinden!

Bismarck hatte, als er sah, daß der Krieg unvermeidlich geworden war, dieses Österreich auch innenpolitisch zu treffen versucht. Er versprach Ungarn die Freiheiten des Jahres 1848 und sammelte überdies eine ungarische Legion gegen Österreich. Doch der Einfall dieser Männer fand keinen Widerhall bei den Magyaren. Bismarck erließ auch einen Aufruf an die „Bewohner des glorreichen Königreiches Böhmen“ und versprach ihnen das böhmische Staatsrecht, die politische Unabhängigkeit von Österreich. Doch die Tschechen gingen nach Wien und antworteten mit einer Loyalitätserklärung an das Haus Österreich.

Spätestens nach Königgrätz hat Bismarck die Existenz Österreichs als europäische Notwendigkeit erkannt. Über seinen politischen Weitblick im Vorfrieden von Nikolsburg, in dem er Österreich territorial unangetastet ließ, ist viel geschrieben worden. Der spätere deutsche Kanzler wußte, daß er mit der Vernichtung Österreichs auch das „Europäische Statut“ treffen würde; denn mit Österreich schien ihm der Friede in Europa schicksalhaft verknüpft zu sein, schien der natürliche Verbündete der Zukunft geschont werden zu müssen.

Auch Kaiser Franz Josef wußte, daß Königgrätz im weiteren Schicksal seines Reiches Epoche gemacht hatte. Doch unmittelbar nach diesem Tag beruft er den sächsischen Staatsmann von Beust zum Außenminister. Bismarck verstand, was damit gemeint war. Beust war nämlich der unversöhnlichste Feind des aufstrebenden Preußen, und seine Ernennung zum Außenminister war als Ausdruck des Willens der Wiener Hofburg zu betrachten, den Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland nicht aufzugeben.

Und dieser gleiche Beust sollte die Aufgabe der notwendig gewordenen innenpolitischen Befriedung Österreichs in die Hand nehmen. Seine Bemühungen sind als das „innere Königgrätz“ in die Geschichtswissenschaft eingegangen: als der sogenannte Ausgleich mit Un-

garn. Die Länder der Stephanskronen sollten künftig in innenpolitischen Fragen unter der Führung des magyarischen Parlamentes von Österreich unabhängig sein. Den Ungarn, die gerade die Hälfte der Bevölkerung ihres Reiches ausmachten, sollten die anderen Nationalitäten ausgeliefert werden: die Kroaten und Slowaken, die Deutschen und Rumänen. Das war ein Verrat an der österreichischen Reichsidee. Auch sollte sich Beust täuschen, wenn er glaubte, mit der wiedergewonnenen Freundschaft Ungarns in Deutschland starke Politik betreiben zu können. Graf Czak formulierte die außenpolitische Komponente des Ausgleichs: „Preußen kann jetzt wegen Österreichs ruhig sein, nachdem Beust das Reich und seine Politik von Ungarn abhängig gemacht hat.“

Abhängig von der ungarischen Politik sollte aber auch die westliche Reichshälfte werden, denn mißtrauisch folgten die Blicke der magyarischen Führer der Entwicklung im restlichen Österreich. Franz Josef mußte nach Königgrätz sich gegenüber Österreich ebenfalls entgegenkommend zeigen. Durch die Staatsgrundgesetze, die der Deklaration der Menschen- und Bürgerrechte Frankreichs entsprechen, und durch eine konstitutionelle Verfassung sollte die deutsche Verfassungspartei, in der die Vertreter der deutschen Führungsschicht Österreichs vereinigt waren, für den Ausgleich gewonnen werden. Wenn auch mit Zögern, stimmten doch die deutschen Liberalen zu, schließlich war die ungarische Unabhängigkeit eine sichere Rückendeckung gegen neue absolutistische Experimente.

Das war nun auch gerade das, was die Ungarn wollten. Waren in Transleithanien die Ungarn das Herrenvolk, so sollten in Österreich die Deutschen durch ihre Verfassungspartei die gleiche Rolle spielen. Denn man wählte damals noch nach Kurien, nach dem wirtschaftlichen Einkommen, und nach diesem System hatten die Deutschen alle Schlüsselpositionen inne.

Man versteht aber jetzt auch die Reaktion der Tschechen: „Der Tag der Ausrufung des Dualismus wird mit unabwendbarer und natürlicher Notwendigkeit zugleich auch der Geburtstag des Panlawismus in seiner am wenigsten wünschenswerten Form werden. Wir Slawen werden dem mit aufrichtigem Schmerz, aber ohne Furcht entgegengehen. Wir waren vor Österreich da und werden auch nach ihm da sein.“ Das sagte der gleiche Palacký, der Österreich als eine europäische Notwendigkeit bezeichnet hatte. Schon im Mai 1867 machen die Slawenführer eine „Pilgerfahrt nach Moskau“. Die Weichen für die politische Zukunft der Tschechen waren gestellt.

Drei Jahre später wurde im Spiegelsaal von Versailles am 18. Jänner 1871 das zweite deutsche Kaiserreich proklamiert. Jetzt wußte auch Franz Josef, daß er die Hoffnungen, die er mit der Berufung Beusts verbunden hatte, aufgeben mußte. Schon am 7. Februar 1871 entließ er Beust und beauftragte den Statthalter von Oberösterreich, den Grafen Hohenwart, mit der neuen Regierung und der neuen Aufgabe, einen Weg der Versöhnung mit den Slawen zu finden. Das war die Grundlage der sogenannten „Hohenwartischen Fundamentalartikel“, des Versuches, durch eine föderalistische Verfassung Österreich zu konsolidieren. Durch ein Nationalitätengesetz, das dem böhmischen Landtag Sprachgleichheit gewährte und die Entscheidung über die Amtssprache in den Gemeinden nach Schweizer Muster freigab, das somit nationale Verwaltungseinheiten schaffen wollte, wollte man den Neubau Österreichs versuchen.

Doch die Tschechen wollten mehr, sie wollten aus dem Dualismus den Trialismus schaffen, mit allen Nachteilen, die dieser Österreich gebracht hätte. Dagegen stellten sich aber die Ungarn, die Rückwirkungen auf ihre Nationalitäten fürchteten. Dagegen wetterten auch die Deutschen, die eine Gefährdung des deutschen Führungsanspruches in Cisleithanien befürchteten. Der Kaiser wich zurück und entließ Hohenwart. „Der letzte praktische Versuch einer konstruktiven Neuordnung des gesamten Staatswesens hatte nur die Vermehrung der inneren Verbitterung und eine Steigerung des gegenseitigen Mißtrauens zur Folge“, sagt der sudetendeutsche Historiker Hantsch.

Was von der österreichischen Reichsidee blieb, das war der Glaube an seine europäische Mission, in dem sich Klerikale und Liberale mit den Marxisten trafen, für die nach Karl Renner Österreich der Beweis war, daß wirtschaftliche Bedingungen den Staat über die Nation stellen.

Dabei war der Glaube an diese Reichsidee nicht auf die Deutschen der Monarchie beschränkt. 1906 entwarf der Siebenbürger Rumäne Popovici in seinem Buch „Die Vereinigten Staaten von Großösterreich“ eine neue föderalistische Verfassung für die Donaumonarchie. Was Popovici sagt, kann erst unsere Generation ganz verstehen: „Wehe Österreich-Ungarn, wehe dem Deutschland und uns allen, den Südosten Europas bewohnenden Völkern, wenn uns der russische Krieg ereilt, ohne daß wir dieses Reich auf feste natürliche Grundlagen gestellt haben.“

Mußte der russische Krieg kommen, um die tiefste Bedeutung der österreichischen Reichsidee zu erfahren? Ist es erst uns möglich, die Bedeutung von Österreichs Schicksalsjahr 1866, der Tragödie von Königgrätz, ganz zu verstehen?

Drei Jahre später wurde im Spiegelsaal von

Ein schwarzer Tag der deutschen Geschichte

Von Dr. Friedrich Nelböck

chen, 1958 erschienene Abhandlung von Wilhelm Schüssler „Königgrätz 1866 — Bismarcks tragische Trennung von Österreich“. Und eben erschien im Verlag der „Österreichischen Landsmannschaft“, Wien, aus der Feder von Dr. Fritz Stüber die kleine Broschüre „Der Deutsche Bruderkrieg 1866 — Königgrätz, die Katastrophe im tragischen Weg Österreichs seit 1815“. Fast zur gleichen Zeit brachte die Stuttgarter Wochenzeitung „Christ und Welt“ einen Beitrag von Bruno Brehm, dem Verfasser des Buches „Und am Ende stand Königgrätz...“. All das sollten möglichst viele von uns lesen — die Österreicher, die Binnendeutschen, die Heimatvertriebenen!

Wenn Brehm in jenem Beitrag schreibt: „Bismarcks Irrtum bestand darin, daß ein aus dem Reich verdrängtes Österreich die ihm von Bismarck zugedachte Aufgabe, das Reich gegen Osten abzuschirmen, nicht mehr leisten konnte“, so finden wir den gleichen Gedanken bei Stüber: „Es war Bismarcks Irrtum, daß er bei der Vielvölker-Monarchie dieselbe innere Lebenskraft und denselben Lebenswillen voraussetzte, die er bei dem von ihm geschaffenen Deutschen Reich als selbstverständlich annahm.“ Dieser „Irrtum“ Bismarcks beweist einmal mehr, wie unwissend und verständnislos man im Wilhelminischen Deutschland den innenpolitischen nationalen Problemen Alt-Österreichs gegenüberstand, und es ist dies bis heute nicht besser geworden.

Es war gerade die Niederlage bei Königgrätz, welche die österreichische Reichshälfte zwang, auf dem Gebiete der Entwicklung eines modernen Nationalitäten-Rechtes Bahnbrechendes und noch heute Zukunftsträchtiges zu leisten! Weit entfernt davon, in der Lage oder gar willens zu sein, in Cisleithanien ebenso zu „germanisieren“, wie die Magyaren in Transleithanien zielbewußt und hart magyarisierten, waren es gerade die Deutsch-Österreicher, welche die eben erwähnte Rechtsgestaltung führend beeinflusst haben.

Stübers kleine Broschüre schildert auf knappem Raum die Vorgänge im Deutschen Bund seit dem Wiener Kongreß 1815, wie sie schließlich zum Bruderkrieg von 1866 geführt haben, den ursprünglich niemand wollte — auch Bismarck nicht, der dann aber entschlossen war, notfalls durch Aufwiegelung der Ungarn, Tschechen und Polen die Donaumonarchie von innen her zu Fall zu bringen, wenn Preußen militärisch allein sein Ziel nicht erreichen würde!

Stübers Darstellungen werden einprägsamst von zwei Bildern unterstützt — zu Beginn von einer Wiedergabe des im Wiener Heeresmuseum prangenden Ölgemäldes von Ottenfeld „Die Batterie der Toten“, die zertrüm-

berte Armee-Geschützreserve am Abend der Schlacht von Königgrätz; und am Ende von der Wiedergabe des im Museum der Stadt Wien befindlichen Gemäldes von Matsch „Die Huldigung der deutschen Bundesfürsten vor Kaiser Franz Joseph in Wien 1908 zu dessen damals 60 Jahre währendender Regierung“. Zu diesem letzteren Bild schreibt Stüber wohl nicht ohne eigene tiefe Erschütterung: „Ein Jahrzehnt später werden beide Reiche zertrümmert auf dem Boden liegen — grausam verstümmelt und gedemütigt das eine, bis zur Unkenntlichkeit amputiert das andere. Und nicht einmal drei weitere Jahrzehnte wird es dauern, bis nach einer zweiten vergeblichen Kraftanstrengung das prophetische Wort des preußischen Diplomaten (und Gegners Bismarcks) Constantin v. Franz wahrgeworden sein wird: „Bei einem Ausschuß Österreichs aus dem Deutschen Bund wird die russische Westgrenze dereinst auf der Linie Lübeck—Triest liegen!“ „Heute, im Wissen um die großen geistesgeschichtlichen Zusammenhänge, sehen wir Königgrätz anders als noch unsere Väter. Rückblickend erkennen wir heute, daß mit dem Tod der alten universalen Reichsidee auf jenem böhmischen Schlachtfeld die Einschrumpfung des deutschen Lebensraumes begann...“

Warum die zweite Kraftanstrengung vergeblich war? Dazu sagt Brehm: „Der zweite Weltkrieg war der Versuch, die großen Veränderungen (von 1918) ungeschehen zu machen. Aber mit offen gezeigter Überheblichkeit läßt sich kein Weltreich aufbauen, das den ‚anderen‘ nichts bieten, sondern von ihnen nur nehmen will!“

Am Tage von Königgrätz werden nach Herkunft, Fachwissen und Einblicken Berufener zu jenem für uns Deutsche, darüber hinaus aber letztlich für die Welt folgenswerteren Ereignis das Wort ergreifen. Viel mehr aber als all diese Wertungen — letztlich pro oder contra Bismarck — scheint mir ein winziger, fast möchte ich sagen neckischer, Vorfall aus jüngster Geschichte bedeutsam zu sein: als de Gaulle seinen vor einigen Wochen an den Präsidenten der USA in Sache Reform der NATO gerichteten Brief datierte, da schrieb seine Hand „... 1866“. Auch im Haupte dieses großen Franzosen unserer Tage scheint noch das Königgrätz vor hundert Jahren herumzuspuken: zogen doch seine Vorfahren 1870 gegen Deutschland in den Krieg mit dem Ruf: „Revanche pour Sadowa!“ (kleines Dorf bei Königgrätz, wo die Entscheidung fiel).

Von Sadowa-Königgrätz bis zu unserer Vertreibung aus der Heimat führt ein gerader Weg: sein Beginn liegt dort bei jener böhmischen Stadt im Jahre 1866. Deshalb sollte jeder von uns schon jetzt, wie in einer „Adventzeit“, im Hinblick auf den Gedenktag des 3. Juli 1866 auch bei sich selber Einkehr halten...

Neuer Beweis der Leistungskraft

Möbelhaus „Neue Heimat“ in Linz bezog Neubau

Zwischen dem Möbelhaus „Neue Heimat“ und der „Sudetenpost“ bestehen Parallelen und Beziehungen: Möbelhaus und Zeitung sind in demselben Jahre gegründet worden, und das Möbelhaus hat von dem ersten Tag seines Bestehens nicht bloß zu den Beziehern, sondern auch zu den ständigen Inserenten der „Sudetenpost“ gehört.

Der in Brünn in hochangesehener Stellung bekannte Anton Dostal hat nach der Vertreibung seine Zuflucht in Linz gefunden und beruflich umsatteln müssen. Er trat in eine alteingesessene Linzer Möbelhandlung ein und erwarb sich so gründliche Branchenkenntnisse, daß er es 1956 wagen konnte, selbst ein Geschäft zu gründen. Dazu mußte ihm zunächst eine Baracke im Linzer Siedlungsgebiet „Neue Heimat“ Raum bieten. War das Lokal auch bescheiden, so war doch der Standort gut gewählt, weil gerade dieser Stadtteil, erst in der Kriegszeit entstanden, die besten Entwicklungsmöglichkeiten zeigte. Binnen fünf Jahren schien das Geschäft gut in Schuß geraten, als Anton Dostal ein rascher Tod in der besten Schaffenskraft hinwegriß.

Nun ergriff mit sicherer Hand die Witwe Liselotte, gleich ihrem Gatten eine Brünnerin, in Innenarchitektur geschult, die Zügel. Noch im ersten Jahr gründete sie im Wohngebiet „Am Spallerhof“ eine Filiale, der später in einer Vertriebenen-Siedlung „Am Langholzfeld“ eine zweite folgte. Die Verbindung mit den angesehensten Erzeugerfirmen der Möbelbranche brachte steigende Umsätze, und

die Firmenchefin faßte den Entschluß, ein neues Gebäude aufzuführen.

Am 22. Juni fanden sich zur Eröffnung des neuen Möbelhauses zahlreiche Gäste aus Ämtern, Bauwirtschaft und Möbelbranche in dem zweigeschossigen, 50 Meter langen und 15 Meter tiefen Neubau ein, in dem auf 2000 Quadratmetern Ausstellungsfläche 44 Wohnzimmer, 25 Schlafzimmer, 35 Polstergarnituren, einige Musterküchen und eine große Zahl von Einzeilmöbelstücken mit sicherem Gespür für guten Geschmack gruppiert sind. Die Firmenchefin schilderte in einer kurzen Ansprache das Werden dieses Betriebes, der trotz seiner großen Ausdehnung mit sieben Angestellten auskommt — die Hauptlast der Arbeit ruht auf den zarten Schultern der Firmeninhaberin —, sie vergaß aber bescheiden, darauf hinzuweisen, daß in der Firma wieder einmal ein Beispiel dafür geboten worden ist, wie die Vertriebenen ihrer neuen Heimat die Aufnahme und die Hilfe bei der Existenzgründung lohnen, und daß ihr verstorbener Mann und sie ein Leistungszeugnis für die Schicksalsgemeinschaft der Heimatvertriebenen abgelegt und bewiesen haben, daß Österreich sich selbst einen Nutzen gestiftet hat, als es den Ausgesiedelten erlaubte, ihrer Schaffensfreude freien Lauf zu lassen. Die „Sudetenpost“ vermerkt dieses Beispiel mit besonderer Freude, hat doch Anton Dostal in der Sudetendeutschen Landsmannschaft, besonders in der BRUNA-Linz, seine landsmännische Treue — ebenso wie seine Gattin — immer unter Beweis gestellt.

Wien, NÖ., Bgld.

Böhmerwaldbund

Sonnwendfeier 1966

Als Samstag, 18. Juni, der Abend hereinbrach, verließen unsere Böhmerwälder Landsleute den freundlichen Gasthausgarten in Kaltenleutgeben und stiegen den steilen Hang hinauf, der zu unserem traditionellen Treffpunkt für unsere Sonnwendfeier geworden ist. Ein mächtiger Scheiterhaufen war kunstvoll aufgebaut. Heuer wurde er überragt von einem dünnen Baumstamm, auf dem ein schöner Kranz befestigt war. Der Singchor unter der Leitung von Ing. Kufner ließ den Sängergruß „Treu unserm Böhmerwald“ erklingen. Fr. Heinrich sprach das Gedicht „Des Sommers große Stunde“ und die Singgruppe sang „Heilig Vaterland“. Der Bundeskulturreferent OSTR Dipl.-Ing. Maschek hielt die Feuerrede, sprach vom Kulturgut der Germanen, von den vielen Sonnwendfeuern in der Heimat, und gab uns viele schöne Gedanken mit. Als die Flammen knisternd emporschlugen, erscholl das Lied „Flamme empor“, und Herr Czermak sprach einen Feuerspruch. Dann wurden Kränze in die Flammen geworfen im Gedenken an die verlorene Heimat, im Gedenken an unsere Soldaten, deren Gräber weitab von der Heimat liegen, im Gedenken an alle, die in Bombennächten starben und der Grausamkeit verhetzter Menschen zum Opfer gefallen sind, und schließlich im Gedenken an die Deutschen Südtirols, die, wie einst wir, in völkischer Not leben. „Der gute Kamerad“ und das Andreas-Hofer-Lied beendeten die Feier. Aber wir gingen noch lange nicht weg, sondern sangen viele Lieder.

Auch das Böhmerwaldmuseum hat einen Verlust erlitten, da am 27. Mai im 89. Lebensjahr Hr. Sparkassendirektor i. R. Anton Leeb, gebürtig aus Winterberg, und am folgenden Tag seine Gattin Tina Leeb verschieden sind. Obmann Lindinger legte an der gemeinsamen Grabstelle in Ernstrunn einen schönen Kranz nieder. Der teuren Toten werden wir immer gedenken.

Über die Sommermonate werden keine Heimatabende abgehalten.

Bund der Erzgebirger

Unsere juligeborenen Mitgliedern und Freunden wünschen wir alles Gute zum Geburtstag.

Unser Monatsabend am 4. Juni, der letzte vor den Sommerferien, hatte schon Urlaubscharakter. Das schöne Wetter zum Wochenende nach den verregneten Pfingstfeiertagen hielt den Großteil der sonst eifrigsten Besucher dieser Zusammenkunft fern. So verbrachte eine größere Tischrunde in zwangloser Unterhaltung einige angenehme Stunden. Durch die Anwesenheit unseres Obmannes Dr. Ulrich profitierte aber die kleine Runde, denn mehrere Fragen und Anliegen konnte sich unser Obmann voll und ganz widmen. Der nächste Monatsabend im September wird noch genau bekanntgegeben. Unsere Mittwochabende haben Urlaubsvertretung, so daß auch während der Sommermonate immer jemand vom Ausschuss anwesend sein wird. Anliegen können jederzeit vorgebracht werden und werden auch erledigt oder weitergeleitet.

Freiwaldau-Zuckmantel

Durch Ableben von treuen Mitgliedern hatte in den letzten Wochen unsere Heimatgruppe schmerzliche Verluste. Am 2. Juni wurde auf dem Zentralfriedhof im Familiengrab die Urne der nach längerem Krankenlager verstorbenen Bundesbahnpräsidentenswitwe Frau Julie Saurau, geborene Spiller, aus Freiwaldau, beigesetzt. Am gleichen Tag fand auf dem Zentralfriedhof die Beerdigung von Frau Wilhelmine Vrba, geborene Kunert, aus Lindewiese, statt. Durch viele Jahre haben

beide Frauen der Gruppe treue Gefolgschaft geleistet und unterstützt.

Zwar hochbetagt, aber dennoch überraschend, wurde Frau Rosa Gross, Ehrenmitglied der Zuckmantler Gruppe, von der Welt abgerufen und am 27. Juni auf dem Sieveringer Friedhof an der Seite ihrer im Vorjahr verstorbenen Schwester Hedwig Gross zur letzten Ruhe gebettet. Eine große Anzahl Landsleute gab ihr das letzte Geleit und ein Kranz mit Widmung war letzter Dank und Gruß.

Landapotheke

mit großer, schöner Umgebung ist an Interessenten oder Interessentin ab 1. Jänner 1967 unter günstigen Bedingungen zu verpachten. Zuschriften erbeten nach St. Pölten, Hauptpostamt Bahnhof postlagernd unter „Nr. 1270/66.“

Karl August Franke, der als Generalmajor im 1. Weltkrieg in den deutschen Kolonien Afrikas bis zum letzten ausharrte, wurde am 21. Juli 1866 in Zuckmantel geboren, lebte nach 1919 in Südamerika, ist aber bei einem Besuch in Deutschland in Hamburg im Jahre 1936 gestorben. Seine Eltern aus Neisse betrieben damals das Hotel „Zur Rose“, das später Hofsteinmetzmeister Albert Förster erwarb, der im Gebäude die Zentrale seiner ausgedehnten Marmor- und Granitindustrie-Anlagen im Freiwaldauer Bezirk hatte.

Grulich

Beim Heimatabend am 26. Juni machte sich der Beginn der Urlaubszeit durch einen schwächeren Besuch bemerkbar. Als lieben Gast hießen wir die Schwester von Frau Tschamler besonders herzlich willkommen und wünschten ihr schöne und unbeschwerte Urlaubstage in Wien. Man gab sich ganz der Geselligkeit hin und erfreute sich an zwei von Frau Prosl von Chodelbach meisterhaft gespielten Klavierstücken und den mundartlichen Vorträgen von Frau Eberlein und Landsmännin Prause, die mit Beifall bedankt wurden. Frau Schatzl gab einen kurzen Bericht vom Sudetendeutschen Tag. Dipl.-Ing. Riedel sprach über das Treffen mit der Führungsschicht der Heimatgruppe in Deutschland, das leider nicht alle Fragen zu einer befriedigenden Lösung brachte. Von Waldkraiburg, einem Musterbeispiel sudetendeutschen Aufbauwillens, waren unsere Delegierten sehr beeindruckt. Der Vorstand wünscht allen Heimatfreunden recht erholsame Sommertage und allen landsmannschaftlichen Treffen viel Erfolg und Wiedersehensfreude.

Herr Aimé Prosl von Chodelbach hat die Reifeprüfung an der Theresianischen Akademie erfolgreich abgelegt, worüber wir uns mit ihm und seinen Eltern aufrichtig freuen und ihm alles Gute für sein weiteres Studium wünschen.

Frau Josefine Küssel feierte am 3. Juli ihren 75. Geburtstag bei ungewöhnlicher körperlicher Rüstigkeit und geistiger Regsamkeit. Dies ist wohl ein Anlaß, sich mit ihr zu freuen und sie von ganzem Herzen zu beglückwünschen. Möge ihr ein abgeklärter Lebensabend in Gesundheit, verschönt durch die Freude am Gedeihen ihrer Lieben beschieden sein! Das Schicksal hat diese wackere, mit Herzensgüte und Hilfsbereitschaft ausgezeichnete Frau hart angefaßt. Nach dem frühzeitigen Tode ihres Mannes sah sie sich vor die schwierige Aufgabe gestellt, für ihre drei Kinder allein zu sorgen und ihnen einen angemessenen Bildungsgang zu ermöglichen, auf Grund dessen sie durch Tüchtigkeit, Umsicht und Bewahrung zu angenehmen Stellungen gelangt sind. Unsere Heimatgruppe dankt der Jubilarin für ihre langjährige, hingebungsvolle Mitarbeit im Vorstände und fügt die Bitte an,

uns auch weiterhin ihre Treue zu bewahren und uns mit Rat und Tat behilflich zu bleiben.

Humanitärer Verein

Ehrenmitglied Paula Schlögel zum Gedenken

Abermals erreichte uns die Kunde vom Ableben eines Ehrenmitgliedes unseres Vereins. Am 17. Juni ist eines unserer jüngsten Ehrenmitglieder, Frau Paula Schlögel, nach kurzem, schwerem Leiden in Wien verschieden. Sie wurde am 10. November 1895 als Tochter des bekannten Frächters Heinrich Meier in Engelsberg geboren. Wie so viele Schlesiern kam sie nach Wien, um hier ein besseres Fortkommen zu finden. Sie war die erste Schlesiern, die Obmann Escher im Verein begrüßte, als er als junger Bursche nach Wien kam. Fünfzig Jahre gehörte sie dem Verein als treues Mitglied an und wurde daher von der Hauptversammlung am 6. Februar 1966 einstimmig zum Ehrenmitglied ernannt. Bei unserer Muttertagsfeier am 1. Mai konnte sie noch das Diplom für ihre Ehrenmitgliedschaft entgegennehmen. In den letzten Jahren war Frau Schlögel öfter krank, aber kaum war sie wieder auf den Beinen, so erschien sie auch schon wieder im Verein. Am 21. Juni 1966 wurde ihre sterbliche Hülle auf dem Neustifter Friedhof in Wien zur letzten Ruhe gebettet. Lm. Schindler war mit der Standarte erschienen, um der treuen Schlesiern die letzte Ehre zu erweisen, und der Verein hatte seinem Ehrenmitglied einen prachtvollen Kranz gewidmet. In Abwesenheit von Obmann Escher sprach Obmannstellvertreter Meidl am Grabe herzliche Worte des Gedenkens.

Riesengebirge in Wien

Unser Autobusausflug im Juni war von prachtvollstem Wetter begünstigt und führte zuerst nach St. Pölten, wo die Sehenswürdigkeiten (Dom, Rathaus, Barockhäuser der Altstadt) besichtigt wurden, und dann weiter nach Stift Lilienfeld. Dort zeigte uns Pater Othmar die herrliche Stiftskirche, den wundervollen Kreuzgang und die schöne Bibliothek, und gab interessante, humorgewürzte Erläuterungen. Nach einem guten Mittagessen ging die Fahrt ins liebliche Annetal. Ruhe und gute Waldluft boten den Teilnehmern Stunden der Erholung. Auf der Heimfahrt wurde noch im Stift Heiligenkreuz bei einem guten Tropfen eine Abendrast gehalten.

Am 6. Juni feierte Frau Elfriede Mühlberger, Oberstleutnantswitwe, geb. Patzak aus Trautenu, die Vollendung des 80. Lebensjahres. Die rüstige Jubilarin war immer ein treues Mitglied und nimmt noch jetzt an unseren Ausflügen teil. Zwei Vorstandsmitglieder brachten ihr die Glückwünsche und den Dank unserer Heimatgruppe und überreichten ihr Rosen und eine kleine Stärkung.

In den Monaten Juli und August entfallen die Zusammenkünfte. Der nächste Heimatabend findet am 10. September statt. Der Vorstand erhofft einen guten Besuch.

Dachverband der Südmährer

Großtreffen der Südmährer in Wien

Das traditionelle Treffen der Südmährer wurde am 26. Juni mit einer vom Kons.-Rat Pfarrer Klemens Kramert in der großen Simmeringer Pfarrkirche zelebrierten hl. Messe eingeleitet. Das vom Opersänger Otto Lagler vorgetragene Ave Maria von Anton Bruckner machte auf alle einen tiefen Eindruck. In seiner Predigt sprach Prof. Dr. Josef Koch von den Kirchenpatronen unserer südmährischen Gemeinden. Er erinnerte daran, daß unser Kardinal Dr. König vor kurzem im Wiener Stephansdom die Vertreibung als Unrecht und als Akt der Gewalt bezeichnet hatte. Mit erhobener Stimme erklärte der Prediger: „Wenn

Ford Kaposi Gebrauchtwagen Größte Auswahl Korrekte Preise

Eintauch — Umtausch — Finanzierung
Klagenfurt, St.-Ruprechter-Str. 8, Tel. 70 0 37

wir auf die Heimat verzichten, dann billigen wir das Unrecht.“

Am Nachmittag entbot Hans Wagner, Bundesobmann der Landsmannschaft „Thaya“, im riesigen Garten des Simmeringer Hofes den vielen Landsleuten nah und fern einen herzlichen Willkommgruß. Nach der Totenehrung durch Dipl.-Ing. Friedrich Holubowsky und einem vom Dichter Bosel-Kinast vorgetragenen Gedicht spielte die Kapelle Nautscher das Lied vom guten Kameraden.

Erwin Zajicek bedauerte, daß das Selbstbestimmungsrecht jetzt nur Analphabeten zuerkannt werde, schließlich werde sich aber dieser Grundsatz auch in Europa durchsetzen. Präsident Novotny vertrete die Ansicht, die Aussiedlung sei im Interesse der Sicherheit der CSSR notwendig gewesen. Die Geschichte und eine nüchterne Überlegung sagen uns: Das tschechische Volk kann sich nur dann geborgen fühlen, wenn es die Freundschaft des deutschen Nachbarvolkes erwirbt. — Besonders freudig begrüßt wurde der nächste Redner, Staatsminister Gustav Hacker. Er erinnerte daran, daß es in der Welt 60 Millionen Heimatlose gibt. Durch 700 Jahre lebten in Böhmen, Mähren und Schlesien Deutsche. Auf diese angestammte Heimat können und werden wir nicht verzichten. Das Selbstbestimmungs-

recht gilt nicht nur für uns, sondern auch für jene Völker, die in den kommunistischen Staaten leben. Den Untaten Hitlers stehen die Untaten der Vertreibung gegenüber.

In seinem Schlußwort stellte Hans Wagner fest, daß wir Südmährer über unsere Heimat selbst entscheiden wollen. Gemeinsam mit allen Sudetendeutschen werden wir den opfervollen Weg bis zu einem guten Ende gehen. An das Heimattreffen schloß sich im großen Saal des Simmeringer Hofes der Kirchtagsstanz.

Großes Teppichlager, Möbelstoffe, Vorhänge, moderne Polstermöbel, Fremdenzimmer, Gartenmöbel
Alleinverkauf: String-Wandmöbel

MÖBEL-KLINGE

Klagenfurt, 8.-Mai-Straße 28-30. Tel. 2775
Fachmännische Beratung
unverbindlich

Kirchtage in Wien auf der Schmelz

Am 4. September findet in der Gastwirtschaft „Zukunft“ (Auf der Schmelz) der Kirchtage der Ortsrunden Ober- und Unterwisternitz, Pollau, Untertannowitz und Umgebung, statt. Beginn um 15 Uhr.

Kärnten

Klagenfurt

Am 26. Juni fand die übliche Autobusfahrt der Bezirksgruppe Klagenfurt statt. Diesmal ging es in die grüne Steiermark, und es kann gleich vorweggenommen werden, daß jeder der 40 Teilnehmer von dem, was er zu sehen bekam, tief beeindruckt war. Von Völkermarkt und Lavamünd ging es über die Magdalenenbergstraße nach Sobot und St. Oswald. Schon während dieser Fahrt konnte man die herrliche Landschaft genießen, und bei der ersten Rast in etwa 1000 Meter Höhe hatten wir einen schönen Rundblick. Das Mittagessen, gut und billig, wurde in Eibiswald eingenommen. Weiter ging es nach Deutschlandsberg, direkt auf die Burg. Nach einer Besichtigung der Sehenswürdigkeiten und einer Kostprobe vom guten steirischen Wein, traten wir, in jeder Beziehung befriedigt, die Heimfahrt an. Über die Packer Bundesstraße mit einem kurzen Aufenthalt auf der Pack trafen wir wohlbehalten um 19.30 Uhr am Neuen Platz in Klagenfurt ein. Wir verabschiedeten uns mit dem Wunsche, bei der nächsten Fahrt im September wieder dabei zu sein.

Oberösterreich

Enns-Neugablonz

Am 9. Juli findet in der Stadtpfarrkirche Enns die kirchliche Trauung unseres Landsmannes Fritz Waniek (Sohn unseres bewährten Obmann-Stellvertreters Fritz Waniek senior) mit Fr. Hannelore Dietz aus Enns statt. Die Landsmannschaft entbietet dem jungen Paar die herzlichsten Glückwünsche.

Am 6. Juli beging Lm. Fritz Waniek, gebürtig aus Schlag (Wünschloch) in Enns-Neugablonz 4 a seinen 55. Geburtstag. Alle seine Landsleute gratulieren herzlichst diesem stets hilfsbereiten und frohsinnigen Jubilar, der sich, so wie einst in der alten Heimat, auch jetzt wieder eifrig in den Dienst der Allgemeinheit stellt. Lm. Waniek ist Mitglied der Enns Stadtervertretung, neuerdings Obmann der Gablonzer Genossenschaft Enns, und seit deren Gründung ununterbrochen auch ein besonders rühriges Vorstandsmitglied der Ortsgruppe Enns der Sudetendeutschen Landsmannschaft, die ihm bei dieser Gelegenheit für seine rege Mitarbeit herzlich dankt und ihm und seiner Familie weiterhin Gesundheit, Wohlergehen und alles Gute wünscht.

Am 7. Juni verstarb nach kurzer Krankheit der aus Schlag stammende, später in Reichenberg wohnhaft gewesene Malermeister Landsmann Bruno Bauhof, um den seine zahlreichen Geschwister mit ihren Familien trauern. Besondere Anteilnahme wendet sich seiner Gattin in Enns-Neugablonz 20 zu.

Riesen- und Isergebirgler

Trotz des schlechten Wetters war der letzte Heimatabend am 23. Juni vor den Ferien gut besucht. Wir danken unserem Lm. Corazza nochmals für seinen Bericht vom Sudetendeutschen Tag 1966 in München. Es war immerhin interessant, Dinge zu hören, die den meisten Landsleuten bei den Wiedersehensfreuden entgehen. Die Gruppe ersucht, den 22. September für den ersten Heimatabend vorzumerken.

Salzburg

Wolfgang Künstler, der Sohn unserer Mitglieder Dipl.-Ing. Alfred und Josefine Künstler (Brünn) wurde an der Techn. Hochschule in Wien zum Dipl.-Ing. für techn. Chemie graduiert. Wir gratulieren von ganzem Herzen.

Besonders herzliche Geburtstagswünsche übermitteln wir auf diesem Wege an: Maria Mücke (Brünn) zum 85., Adelheid Veidl zum 80. und Elise Vater zum 75. Mögen sie alle noch viele frohe und gesunde Jahre im Kreise ihrer Lieben verbringen! Ebenso herzlich gratulieren wir auch allen anderen, die in der

ersten Juli-Hälfte ihr Wiegenfest feiern: Professor Dr. Hans Deifinger, Johanna Eckert, Grete Winter, Gertrude Kohlbacher, Eduarda Sedlar, Dr. Fritz Bernhold, Dr. Eduard Sigmond, Oswald Knobloch, Elisabeth Lugert, Karl Schiffler, Luise Gellinek, Dr. Anton Siegl, Dipl.-Ing. Albert Lifka, Annemarie Sperk, Elfriede Krum, Edith Schutzbier, Leonie Schutzbier, und Luise Padelek.

Wir bitten alle Mitglieder, die ein Anliegen an die Landesleitung haben, noch im Monat Juli vorzusprechen, da im August wegen Urlaubs der Geschäftsführerin die Geschäftsstelle drei Wochen geschlossen bleibt.

Am Sonntag starb unser langjähriges treues Mitglied Dir. Eduard Svarovsky (Prag) im 68. Lebensjahr. Wir verabschiedeten uns von ihm mit Kranz und Schleife und werden ihm stets ein treues Gedenken bewahren.

Sonstige Verbände

Hochwald

Sonntag, 12. Juni, veranstaltete der „Hochwald“ aus Anlaß der 22. Wiederkehr des Todesjahres eine Gedenkfeier für den General der Artillerie, Robert Martinek aus Gratzen. Die Feier wurde mit dem Böhmerwaldlied eingeleitet. Sodann begrüßte Obmann Fischer die Teilnehmer, die trotz hochsommerlicher Hitze und Schwüle sehr zahlreich erschienen waren, insbesondere die Ehrengäste. Es waren dies: Generalswitwe Bertha Martinek, der Artillerieinspektor des österreichischen Bundesheeres, General Alfred Bauer, der Major im Bundesministerium für Landesverteidigung, Doktor Johann Umlauf, Prof. Dr. Ernst Hirsch, ehemals Graf Buquoyischer Schloßarchivar in Gratzen, Hans Hager, Obmann des Verbandes der Böhmerwälder in Oberösterreich, Oberinspektor Thomas Stifter vom ehemaligen Verband der 91er, Dipl.-Ing. Franz Kufner, Obmann der Hans-Watzlik-Gemeinde in Wien, samt Gattin, Oberinspektor Josef Sniegog, der uns auch die Lautsprecheranlage besorgte, und Mitglieder des Böhmerwaldbundes. Amsrat Lenz hielt die Gedenkrede. Im Verlaufe seiner Rede dankte er General Alfred Bauer, einst Untergebener des Generals Mar-

druckereibesitzer i. R. und Lt. Rf. i. Res. (Stabszahlmeister des 2. Weltkrieges), Besitzer der silbernen TM 2. Kl. Hans Bornemann (74, Znaim/Stuttgart), des Gfrt. Leopold Brabetz (73, Znaim/Heidenheim a. Brenz), Besitzer der bronzenen und der silbernen TM 2. Kl., ev. Pfarrer i. R., Walter Drewes (73, Znaim/Unterhaus in Kärnten), sowie des Offiz. Stellv. Ignaz Krehon (83, Lisnitz in Südmähren). Dieser wurde als Erster des Regimentes — damals Stabsfeldwebel — für vorbildliches Verhalten in der Schlacht bei Stary Zamosz, am 31. August 1914, mit der goldenen Tapferkeitsmedaille ausgezeichnet.

Nächster Kameradschaftsabend am Montag, dem 11. Juli, ab 19.30 Uhr, im Restaurant Datschütz, Wien VIII, im Stadtbahngebäude Josefstädterstraße, wohin alle Zuschriften erbeten werden. br.

Mit Wünschen bedacht

Kürzlich feierte der langjährige Dechant und Pfarrer von Leonding, Konsistorialrat Johann Haudum, jetzt in Kirchberg, sein 50. Priesterjubiläum. Dechant Haudum hat sich nach Kriegsende, als eine große Zahl von Heimatvertriebenen und Flüchtlingen in seine Pfarrei kam und Hunger litt, als vorbildlicher Priester und Hirte erwiesen, indem er immer und überall die Not seiner neuen Pfarrkinder zu lindern versuchte. Ja, er trug sogar selbst die von den Bauern erbetenen Lebensmittel mit dem Rucksack nach Hause und verteilte sie an die Hungernden. Die Sudetendeutsche Landsmannschaft hat daher in dankbarer Anerkennung dieser großen Verdienste dem Jubilar im Zusammenwirken mit dem sudetendeutschen Landvolk und dem Verband der Südmährer die herzlichen Glück- und Segenswünsche übermittelt und zugleich den Bildband „Schönes Sudetenland“ zur Erinnerung überreicht.

In der letzten Heimat

Kürzlich verstarb in Linz Frau Anna Stober, geborene Vlk, nachdem sie noch vor wenigen Wochen in zufriedenstellender Gesundheit ihren 90. Geburtstag gefeiert hatte.

Die Verbliebene hatte in den letzten Monaten den großen Schmerz erleben müssen, daß ihr jüngerer Sohn, Ingenieur Karl Stober, plötzlich vom Tode ereilt wurde. Es war ein schwerer Verlust und ein großes Leid für die Hochbetagte, über das sie nur ihr fester Glaube und die stete Umsorgung durch ihren älteren Sohn hinwegbringen konnte. Anna Stober, Tochter eines mährischen Forstbeamten, hatte die Jugendjahre in Zwittau verlebt und dann lange Zeit an der Seite ihres Gatten, der eine bekannte Brünner Konditorei leitete, in Brünn zugebracht; 1945 war auch ihr der bittere Weg aus Brünn nicht erspart geblieben. Die Gedanken der bis in die allerletzte Lebenszeit Regsamkeit und im Hauswesen unermüdet Tätigen kreisten immer noch um die verlorene Heimat, um ihren vor vielen Jahren im Tode vorangegangenen geliebten Gatten, und ihre ganze Sorge galt ihren beiden Söhnen Robert und Karl. Das letzte Freuen war ihr die große Herzlichkeit, die ihr anlässlich des „Neunzigsten“ von Verwandten, Freunden und besonders auch von ihren Landsleuten zuteil wurde — ein Lichtblick vor dem Sterben, das ihr ein gütiges Schicksal schmerzfrei vergönnt hat. Ihrem Andenken sei Ehre! E. B.

„Kostbare“ Geschenke! — immer willkommen! Größte Auswahl internationaler Spirituosen und Spitzenweine, hübsch adjustiert und verpackt, aus den Spezialgeschäften: **Josefine Pichler, Weinhandlung Schenkenfelder, Linz, Grassl, Steyr.**

40 Jahre/1924—1964 — Hemden und Krawatten, Wäsche, Strümpfe, Strickwaren, Handstrickwolle in besten Qualitäten bei **SPERDIN, Klagenfurt, Paradeiser-gasse 3.**

Realitätenvermittlung, Wohnungen - Geschäfte - Betriebe, L. Zuschlag, vorm. Triebelnig, Klagenfurt, Neuer Platz 13, Tel. 48 23 - Wohnung 26 43.

Karlsbader BECHERBITTER der klare feine für Gaumen und Magen **Mössmer, Linz** Andreas-Hofer-Platz

SUDETENPOST

Linz, Goethestraße 63, Fernsprecher 27 3 69
Organ der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich (SLO) Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Sudetendeutscher Presseverein, Obmann Ing. Alfred Rügen. Verantwortlich für den Inhalt: Gustav Putz, Linz. Alle Linz, Goethestraße 63.
Druck: Druckerei und Zeitungshaus J. Wimmer Gesellschaft m. b. H. & Co., Linz, Promenade 23. Die Zeitung erscheint zweimal monatlich Bezugspreis vierteljährlich S 13.80. Einzelnummer S 2.50. Die Bezugsgebühr wird durch die Post eingehoben.
Anzeigenannahme: Linz, Goethestr. 63 (27 3 69). Anzeigentarif: Im Textteil je mm Höhe und 65 mm Breite 4.30 S, im Anzeigenteil je mm Höhe und 32 mm Breite 1.90 S. Auflage kontrolliert. Entgeltliche Einschaltungen im Textteil sind durch P.R. gekennzeichnet.
Postsparkassenkonto 73 493, Bankkonto bei der Allgemeinen Sparkasse in Linz, Konto 2813.

Sudetendeutsche Jugend in Österreich

Sudetendeutscher Tag 1966 - München

Bei herrlichem Sonnenschein ging die Fahrt Freitag früh nach München. Es war sehr heiß, und was lag näher, als im Chiemsee etwas Erholung zu suchen. Gut gelaunt kamen wir zur Theresienwiese in München, wo das SDJ-Zeltlager stand. Binnen kürzester Zeit standen auch unsere Zelte im offenen Kreis, ein Fahnenständer wurde kunstgerecht verfertigt und das Lager mit unserem Wappen geziert, am Samstag kam noch eine riesige Aufschrift „Sudetendeutsche Jugend Österreichs“ hinzu. Wir hatten uns diesmal vorgenommen, beim Zeltlagerwettbewerb um den Dr.-Seeböhm-Pokal ganz vorne zu liegen. Dieser Wettbewerb umfaßt: Zeltlageraufbau und Sauberkeit, Teilnahme beim Sport und den musischen Wettkämpfen, Gesamteindruck und so weiter.

Nach dem Aufbau und dem Einrichten der Zelte ging es ab in die Stadt, wo die SDJ an der offiziellen Feier des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“ zum Tag der „Deutschen Einheit“ teilnahm. Diese Feierstunde fand leider nicht am Marienplatz, sondern am Domplatz statt, für die Beatles und Fußballer (nichts dagegen einzuwenden) kann man alles machen, fürs Vaterland tut man so wenig, da nützt auch kein Spruch von E. M. Arndt. Was wäre gewesen, hätten an dieser Feier die Sudetendeutschen, vor allem die SDJ, nicht teilgenommen, die wenigen Münchner hätte man an beiden Händen abzählen können. Vor allem sah man keine anderen Jugendverbände, die jedoch alle vom Staat subventioniert werden, doch können die Menschen, die an solchen Feiern Anstoß nehmen, auch wenn ein Bundesminister spricht, besser mit Steinen umgehen! Der abschließende Fackelzug, öfter durch den Verkehr getrennt, bewegte sich durch „sehr belebte“ Straßen, doch tat dies der Sache keinen Abbruch. Müde, doch zufrieden fielen wir in den Zelten in tiefen Schlaf.

Bereits um 6 Uhr früh wurden wir sonntags geweckt. Waschen und Teetrinken gingen gleich in einem. Die erste Partie konnte schon um 1/2 8 Uhr in das Dante-Stadion fahren, wo die Sportwettkämpfe stattfanden. Nach und nach kamen die Kameraden aus Oberösterreich und Salzburg, so daß wir wieder mal so knapp an die Hundert waren. Inzwischen begannen die Wettkämpfe, und das Thermometer kletterte bereits in die Umgebung von 34 Grad. Natürlich machten wir bei allen Sportarten mit, so im Dreikampf, Staffellauf, Faustball. Leider mußten wir alle Kämpfe im Laufschrift bestreiten, da ja jeder überall teilnehmen wollte; denn nur so konnten wir im Faustball nicht viel erringen; in den vergangenen Jahren waren wir immer Zweite gewesen. Den Abschluß bildete der Fußball-Länderkampf SDJ-Deutschland: SDJ-Österreich, der 3:1 (2:0) für Deutschland endete. Die Leistungen der Österreicher waren nicht gerade blendend, so verschoß Klaus einen Elfer. Der Kampfgeist ist jedoch hervorragend gewesen, wenn man bedenkt, daß das Spiel um 1/2 1 Uhr, also mittags bei praller Hitze, und sofort nach den anderen Sportarten stattfand. Als Ausbeute konnten wir einen beachtlichen 2. sowie 7. Platz in der Staffel und

sieben Siegenadeln mit Urkunden einheimen. Hier die Liste der Gewinner:

Uta Spinka	Günther Kreh
Inge Bittner	Peter Ludwig
Elfie Richter	Michael Mitrowic
Gernot Kreh	

Der Nachmittag war dem Baden gewidmet, einige Kameraden machten Besuche. Am Abend war der Jugendabend in der Kongreßhalle, ein Abend mit Lied und Spiel. Viel Beifall und Lachen waren der Erfolg. Auch wir fanden mit einem Lied Gefallen.

In der Zwischenzeit gab es einen Wetterumschwung, ein Sturm mit über 100 Stundenkilometern, vermischt mit einem schweren Gewitter, fegte über München. Die Lagerwache sowie alle Gruppenführer waren während einer Stunde in vollem Einsatz. Als wir nach dem Jugendabend ins Lager kamen, stand ein Teil der Zelte unter Wasser, das schöne Lagerort war vom Wind weggetragen, doch sonst war alles in Ordnung, wenn man so sagen darf. Nach einer relativ guten Nacht begann es in der Frühe wieder zu regnen. Wir beendeten den Sudetendeutschen Tag bei der Morgenfeier in der Kongreßhalle. Es wurde gesungen und vor allem wurden die Preise verteilt.

Große Freude herrschte, als wir den 3. Platz im Zeltlagerwettbewerb zugesprochen erhielten, ein herrlicher Platz unter mehr als zehn Ländern, die teilnahmen, ein schöner Erfolg, für den alle Teilnehmer verantwortlich waren.

Nach dem Lied „Heimat, du ferne“ endeten die schönen Tage im Lager. Anschließend gingen wir mit unseren Fahnen in die Bayernhalle zur Großkundgebung, welche wieder ein Beweis des starken Lebenswillens unserer Volksgruppe war.

Leider trübte ein Vorfall diese schönen Tage. Am Samstag wurde unsere Edwina ins Spital mit dem Verdacht eines Herzkollaps eingeliefert. Wir wünschen ihr baldige Besserung.

Wieder ist ein Sudetendeutscher Tag vorbei, wir haben eine neue Aufrüstung bekommen, um in unserer Arbeit so wie bisher den Weg zu gehen!

Eine der Unseren, Frau **Dr. Else Tielsch-Felzmann**, Mitglied der Jungmannschaft in der SDJ, erhielt eine der höchsten Auszeichnungen, die am Sudetendeutschen Tag vergeben wird. Sie erhielt einen Förderpreis der Sudetendeutschen Landsmannschaft.

Auf unsere Ilse, wenn wir so sagen dürfen, geboren in Auspitz, Südmähren, Mutter dreier Kinder, dürfen wir alle stolz sein, ist es ihr doch gelungen, eine der ersten Kulturträgerinnen unserer Volksgruppe zu sein. Wer sie kennt, weiß, wie bescheiden sie für sich selbst ist, jedoch im Streite für ihre Heimat ist sie unbeugsam, wie die Erziehung ihrer Kinder im Geiste der Heimat beweist.

Wir wünschen unserer lieben Kameradin noch weiterhin vielen schriftstellerischen Erfolge!

Für das **Sommerlager 1966** vom 16. bis 24. Juli in der Nähe von Eferding ist der letzte Anmeldetermin der 11. Juli; Fahrtkosten werden ersetzt, Spesenbeitrag: S 220.—. Anmeldung sofort bei H. Rogelböck, Geiselbergstr. 27/16/13, 1110 Wien.

Wir möchten nochmals an den Wettbewerb für unsere Jugendecke in der „Sudetenpost“ erinnern. Wir suchen den besten Entwurf für den Kopf. Nochmals die Maße: nicht größer als 135x20 mm; wir stellen uns ein Motiv aus dem Sudetenland, eine Schlagzeile oder ähnliches vor. Die drei besten Entwürfe erhalten Buchpreise. Einsendungen bis zum 20. Juli (letzter Termin) an die Sudetendeutsche Jugend Österreichs, 1070 Wien, Siebensterngasse 38. Der auserkorene Kopf wird von der Redaktion der „Sudetenpost“ außerdem mit einem Geldpreis honoriert.

Wir haben bisher dankend eine Schreibmaschine erhalten, wir benötigen aber noch dringend eine Maschine, vielleicht steht noch irgendwo eine gebrauchsfähige. Wir holen diese selbstverständlich ab oder übernehmen die Versandkosten. Besten Dank! Sudetendeutsche Jugend Österreichs, Siebensterngasse 38, 1070 Wien.

Weltrekord im Bierkonsum

Auf dem internationalen Kongreß zur Bekämpfung des Alkoholismus in Prag, an dem über 300 Ärzte, Soziologen, Psychiater und Juristen aus 23 Ländern teilnahmen, erklärte ein tschechoslowakischer Delegierter, daß mit einem durchschnittlichen Pro-Kopf-Verbrauch von 130 Liter pro Jahr die Tschechoslowakei hinsichtlich des Bierverbrauchs die erste Stelle in der Welt erreicht habe. Das ständige Anwachsen des Bierverbrauchs bereite den Ärzten erhebliche Sorgen, zumal gleichzeitig auch die Zahl der in Heilanstalten eingewiesenen Alkoholiker ständig zunehme und sich die Folgen des Alkoholismus auch in einem bemerkenswerten Ansteigen der Scheidungsfälle, der Straftaten und einem bedauerlichen Einfluß auf die Jugend auswirkten.

Der tschechische Arzt Dr. Jaroslav Skala schlug laut Radio Prag zur Eindämmung des Bierverbrauchs eine Anhebung des seit dreißig Jahren unveränderten Bierpreises vor, eine Maßnahme, die zumindest dazu beitragen könnte, daß ein weiteres Ansteigen des Bierkonsums, der durch die Erzeuger in voller Höhe noch nicht einmal befriedigt werden könne, verhindert wird.

NEUERÖFFNUNG

SALZBURGER REICHSSTRASSE 205

FILIALE:

SPALLERHOF, GLIMPFINGERSTRASSE 102

**MÖBEL
NEUE
HEIMAT**

Regenbekleidung — Mantelfachgeschäft

V. Tarmann, Klagenfurt, Völkermarkter Straße 16, Tel. 52 76.

Handtaschen, Reisekoffer, eine herrliche Auswahl! Lederwaren-Spezialgeschäft Christof Neuner, Klagenfurt, St.-Veiter-Straße.

Korkpantoffeln, die schönsten Modelle, S 29.50 aufwärts; Wanderschuhe, hoch, S 149.50; Herren-Fußbetsandalen S 109.50. Schuhhaus NEUNER, Klagenfurt, St.-Veiter-Straße.

Am 17. Juni 1966 ist mein lieber Schwiegervater, Herr

Dipl.-Ing. Alois Reichel

Obervermessungsrat i. R.

aus Neubürgersdorf, Bezirk Freudenthal, nach langem, schwerem Leiden, aber in voller geistiger Frische in die ewige Heimat abberufen worden. Er starb im Gedenken an die verlorene alte Heimat.

Wien, am 1. Juli 1966. In tiefer Trauer:

Johann Pesch

Erscheinungstermine 1966

Folge 14 am 22. Juli
Redaktionsschluß am 18. Juli
Folge 15/16 am 5. August
Redaktionsschluß am 1. August
Folge 17 am 8. September
Redaktionsschluß am 4. September
Folge 18 am 23. September
Redaktionsschluß am 19. September
Folge 19 am 7. Oktober
Redaktionsschluß am 3. Oktober
Folge 20 am 21. Oktober
Redaktionsschluß am 17. Oktober
Folge 21 am 4. November
Redaktionsschluß am 31. Oktober
Folge 22 am 18. November
Redaktionsschluß am 14. November
Folge 23 am 2. Dezember
Redaktionsschluß am 28. November
Folge 24 am 16. Dezember
Redaktionsschluß 12. Dezember